

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gepaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 30. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —  
Gegen den Jubiläumsschwindel mit der Arbeiterversicherung. —  
Ein gutes Zeichen! — Maschinengewehre als Agitatoren! —  
Beschaffung von billigem Fleisch für die Arbeiter einer groß-  
industriellen Gesellschaft. — Aus Straßburg. — Bekanntmachungen  
des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — An die bau-  
gewerblichen Arbeiter Ost- und Westpreußens. — Der Kampf  
in Schweden. — Arbeitslosenversicherung und Industriepolitik.  
— Kundschau. — An die „Steinarbeiter“-Verbände. —  
Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen.  
— Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Zur Beachtung! — Berufsmisere. II. — Wirtschaftliche Kundschau. — Bauarbeiterkongresskonferenz. — Internationale Solidarität. — Aufruf an die Schnapstrinker. — Literarisches. — Feuilleton: Ein trauriger Zug.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gejperzt sind:** Baumholder: Firma Burger. — Nieder-  
lamitz: Werkplatz Heinrich. — Verbach bei Osterode:  
Pflastersteinbetrieb Belomettin.

**Seebach (Schwarzwald).** In den Granitwerken der Firma  
F. Müller & C. Tiele wurde sämtlichen Pflaster-  
steinarbeitern gekündigt, um die vertraglichen Lohn-  
bedingungen zu umgehen. Wer zu den neuen Be-  
dingunge n arbeiten will, soll sich bis zum 23. Oktober  
melden. Wieder ein Beweis der Tarifstreue  
unter den Unternehmern. Arbeitsangebote von  
dort sind unbedingt zurückzuweisen.

**Braunschweig.** Plaz Friedrichs: Differenzen erledigt.  
**Zürchenbach (Schwarzwald).** Die Firma Burger kündigte  
ebenfalls sämtlichen Brechern und Pflastersteinarbeitern,  
um bei Neueinstellungen Abzüge vornehmen zu können.

**Effen.** Die Firma Gebrüder Röder hat Lohnabzüge vor-  
genommen.

Nach folgenden ausländischen Orten ist  
der Zugang fernzuhalten:

**Oesterreich.** Ofegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifen-  
stein, Klagenfurt, Trieste, Pola, Mauthausen, Schwarz-  
wasser. — Von der Firma Uymann & Co. sind in  
den Steinbrüchen von Schrems und Wolfsegg die  
Pflastersteinarbeiter ausgesperrt. Die Firma soll be-  
absichtigen, Arbeitskräfte in Süddeutschland zu werben.  
Also Achtung, Pflastersteinarbeiter!

**Ungarn.** Szolnok, Csákröbánya, Budapest, Közsahegn  
(Kisbeseher Granitsteinbruch A.-G.) und die Arbeiter  
dieser Firma in Cegléd.

**Schweiz.** Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur,  
Herzogenbüsch, St. Gallen.

**Frankreich.** Im Granitwerk in Abainville sind  
Differenzen ausgebrochen.

## Gegen den Jubiläumsschwindel mit der Arbeiterversicherung.

Durch die bürgerliche Presse gehen jetzt langstielige  
Artikel, die unter Hinweis darauf, daß die obligatorische  
Krankenversicherung bereits länger als 25 Jahre besteht  
und die Unfallversicherung im nächsten Jahre eine 25-  
jährige Wirksamkeit erreicht, mit möglichst viel Zahlen  
den Segen unserer Arbeiterversicherung preisen. Dabei  
wird auch mitgeteilt, daß die Herren der Berufsgenos-  
schaften große Festlichkeiten für das nächste Jahr vor-  
bereiten und Festschriften herauszugeben gedenken. Das  
Ende vom Liede ist der Appell an die „Weisheit der Ge-  
sehgeber“, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiter-  
versicherung ja nicht die Alleinherrschaft der Unternehmer  
in den Berufsgenossenschaften anzutasten, da sie sich so  
herzlich bewährt hat.

Auf die großen Zahlen, mit denen die Artikelschreiber  
den Arbeitern eine Komödie vormachen, wollen wir nicht  
eingehen, weil sie schließlich doch eine ganz andere Wir-  
kung auf die Arbeiter ausüben, als die Komödianten be-  
absichtigten. Wenn ein denkender Arbeiter liest, wie viele  
Hunderte, ja Tausende von Millionen Mark die Krankenkassen  
die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung  
und die Landesversicherungsanstalten der In-  
validenversicherung im Laufe der Jahre für die Kranken,  
verunglückten oder invaliden Arbeiter ausgegeben haben,  
dann wird er sich selbst, auch ohne daß wir ihm alle hier  
in Betracht kommenden Zahlen vorführen, daran er-  
innern, wie groß in dieser langen Zeit die Zahl der  
kranken, verunglückten oder invaliden Arbeiter war, in  
wieviel Arbeiterfamilien die Krankheitsfälle, Unfälle  
und Fälle von Invalidität unsägliches Unglück gebracht,  
wieviel Menschenglück und Lebensfreude sie zerstört, wie  
viele Hilfslosen sie ihren Ernährer, wie vielen Frauen  
sie ihren Gatten, wie vielen Kindern sie ihren Erzieher  
entzogen haben — und wie ungenügend demgegenüber in  
den einzelnen Fällen die Entschädigungen durch die Ar-  
beiterversicherungen sind! Wenn — um nur einen Beleg  
herauszugreifen — in den Jubiläumssartikeln erzählt  
wird, daß die Unfallversicherung allein im Jahre 1907

als Entschädigung nicht weniger als 150 325 291.90 Mk.  
ausgezahlt hat, dann muß der denkende Arbeiter dazu  
hinzufügen, daß allein in dem einen Jahre nicht weniger  
als 662 901 Betriebsunfälle angemeldet worden sind,  
und daß in demselben Jahre durch die Unfälle mit töd-  
lichem Ausgange nicht weniger als 6631 Witwen ihren  
Gatten 13 520 Kinder ihren Vater und 371 erwerbs-  
unfähige Eltern ihren sie ernährenden Sohn verloren  
haben.

Selbst die schamlose Verdrehung der Tatsachen fehlt  
in den Jubiläumssartikeln der bürgerlichen Presse nicht,  
daß den Arbeitern vorgerechnet wird, wieviele tausend  
Millionen Mark sie aus der Arbeiterversicherung mehr  
herausgezahlt bekommen haben, als sie eingezahlt haben,  
gleichsam als ob diese Tausende von Millionen Mark ein  
gnädiges Geschenk der Arbeitgeber und des Staates an  
die Arbeiter wären. Glauben die Leute, die sich ein sol-  
ches Spiel mit Zahlen und Worten erlauben, wirklich,  
daß sie damit auch nur einen einzigen denkenden Arbeiter  
täuschen? Heutzutage tritt die Bedeutung der Arbeiter  
für unser ganzes Wirtschaftsleben denn doch klar zutage  
und hat auch die Arbeiter darüber aufgeklärt, daß ohne  
die Arbeit des arbeitenden Volkes die herrschende Klasse  
ihre Ausbeutungswirtschaft gar nicht betreiben könnte,  
daß der Reichtum der herrschenden Klasse aus dem Profit  
besteht, den die herrschende Klasse aus der Arbeit des  
arbeitenden Volkes zieht, daß daher alles, was die herr-  
schende Klasse zur Durchführung der Arbeiterversicherun-  
gen beisteuert, alles, was die Arbeitgeber für die Kran-  
ken-, Unfall- und Invalidenversicherung leisten, alles,  
was der Staat dafür zuschießt, in letzter Linie der Arbeit  
des arbeitenden Volkes zu verdanken ist. Wenn die Ar-  
beiter in den Jubiläumssartikeln lesen, wie viele Milliar-  
den Mark die Unternehmer an die Arbeiterversicherung  
abgeliefert haben, da muß es sie mit Erbitterung erfüllen,  
daß sie für ihre schwere Arbeit nicht einmal soviel be-  
kommen, um selbst die Fürsorge für die Zeit ihrer Er-  
werbsunfähigkeit treffen zu können, daß sie „unterstützt“  
werden müssen durch einen Teil der Beute von dem Er-  
trage der gemeinsamen Arbeit, die die herrschende Klasse  
an sich gerissen hat. Sie werden sich aber auch denken  
können, welche Riesensummen der übrige Teil dieser  
Beute, den die herrschende Klasse für sich behält, erreicht,  
welche ungeheuren Reichtümer die herrschende Klasse auf  
Kosten des arbeitenden Volkes aufgehäuft.

Und dann erst der Schlußeffekt der Jubiläumssartikel:  
die Mahnung, nur alles — wenigstens bei den Berufs-  
genossenschaften — hübsch wie bisher zu belassen. Die  
arbeiterfeindliche Praxis der Berufsgenossenschaften, die  
rückwärtslose Behandlung armer verunglückter Arbeiter,  
die — Kunst, mit der so manche Berufsgenossenschaft sich  
von der Verpflichtung, eine Rente zu zahlen, freizumachen  
sucht, das haben im Laufe der Jahre nur zu viele Ar-  
beiter aus eigener Erfahrung kennen gelernt. Die ar-  
beiterfeindliche Praxis der Berufsgenossenschaften ist  
denn auch unter den Arbeitern so berüchtigt, daß hier alle  
Beruhigungsmittel versagen. Jedes Wort zum Lobe  
und Preise der „segnreichen“ Tätigkeit der Berufsge-  
nos senschaften empfinden die Arbeiter als die denkbar  
schamloseste Verhöhnung. Dazu kommt die Tatsache, daß  
dieselben Leute, die sich so sehr für die unbeschränkte Herr-  
schaft der Arbeitgeber in den Berufsgenossenschaften ins  
Zeug legen, in der verlogenen Weise gegen die Selbst-  
verwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen gehen.  
Und das, obgleich gerade die von den Arbeitern selbst  
verwalteten Krankenkassen den Bedürfnissen der Ar-  
beiter noch am meisten gerecht geworden sind.

So kündigen die Jubiläumssartikel den Arbeitern an  
— und das ist der eigentliche Zweck des Lärms —, daß  
bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung  
die arbeiterfeindliche Praxis weiter und weiter ausge-  
dehnt werden wird, wenn es nach dem guten Herzen der  
„maßgebenden“ Arbeitgeber geht. Glücklicherweise ist  
aber die Zeit vorbei, da diese Herren bei derartigen  
Aktionen allein maßgebend waren. Heute ist die Ar-  
beiterbewegung soweit erstarkt, daß auch mit ihr die Ge-  
sehgeber rechnen müssen, das um so mehr, je vollzähliger  
und tatkräftiger die Arbeiter hinter ihren Vertretern im  
Reichstag stehen.

Hoffentlich wirken die Jubiläumssartikel der bürger-  
lichen Presse so, wie sie es verdienen, als Alarmartikel  
für die Arbeiter, selbst den letzten Arbeiter müßten sie  
aufrütteln. Unsere Parteigenossen aber müssen sie zu  
einer um so eifrigeren Agitation anspornen, damit der  
Kampf für die von unserem Parteitag in Leipzig aufge-  
stellten Forderungen ein gemeinsamer Kampf der ge-  
samten Arbeiterschaft wird. Dann wird das Ergebnis  
der bevorstehenden Reform unserer Arbeiterversicherung  
ganz anders sein, als es die Jubiläumss-Herren er-  
warten.

## Ein gutes Zeichen.

Die verflossene Woche ist unter dem Eindruck einiger Vor-  
gänge abgeschlossen, über die alle Freunde und Teile des ar-  
beitenden Volkes, die ernsthaft eine Besserung, oder richtiger Umde-  
nung der bestehenden Verhältnisse wollen, eine herzliche Freude  
und Genugtuung empfinden. Das sind die Ergebnisse der  
Landtagswahlen in Sachsen und Baden; das ist

das Resultat der Stichwahl in Koburg zum Reichstag. Der  
Ausgang dieser Wahlen ist in erster Linie ein Maßstab, wie das  
arbeitende Volk in der Stadt und auf dem Lande über die  
„herrliche“ Steuerpolitik im Deutschen Reich urteilt. Es ist  
besonders in Baden ein vernichtendes Urteil für jene Partei,  
deren Vertreter mit Recht die Dunkelmänner genannt werden,  
das Zentrum, zu dem heute noch Tausende von den Vermis-  
ten der Armen in ihrer Geistesnachtschaft als den wegweisenden  
Stern aufsehen. Hierzu stellen die christlichen Gewerkschaften  
ihre Männer. Es war recht ergötlich zu sehen, wie die Führer  
dieser Richtung in der Arbeiterbewegung in letzter Zeit krampf-  
hafte Versuche in Wort und Schrift unternahmen, den Steuer-  
raubzug auf die Taschen der ärmeren Bevölkerung zu bemänteln.  
In Wirklichkeit galt es, die zweifelhafte Rolle zu verdecken, die  
das Viertelbüdend Parlamentarier von der christlichen Gewerks-  
schaftsrichtung spielte. Dies Manöver ist eine Spekulation auf  
die Rückständigkeit der christlichen Arbeiter im Ueberblicken der  
wirtschaftlichen Dinge, die in der politischen Gefehfabrikation  
ihren Ausgang findet. Die freie, oder wie sie nun doch immer  
genannt wird, sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung hat  
dieses längst begriffen und handelt auch danach. Deshalb auch  
unsre Freude, unser Stolz auf die Wahlergebnisse. Denn die  
Sozialdemokraten in den gewerkgebenden Körperschaften des  
Reiches wie in denen der Einzelstaaten sind nur allein die wirk-  
lichen Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, sie nur allein  
ziehen alle Schäden ans Tageslicht und vertreten rücksichtslos  
unsre Interessen als Staatsmitglieder, Steuerzahler und Ar-  
beiter. Deshalb bereitet auch der Ausgang der Wahlen uns  
eine gewisse Genugtuung.

In Sachsen, dem industriell so entwickelten Lande mit seiner  
aufgeweckten Arbeiterklasse, fand die Wahl unter einem raffi-  
niert ausgeklügelten System statt, wie es kaum seinesgleichen  
hat, außer Preußen! Die wahlberechtigte Bevölkerung in  
Sachsen ist in vier Klassen eingeteilt. Maßgebend ist im Grunde  
der persönliche Geldbeutel. Hatte gar der Vater des Wählers  
über einen inhaltsreichen zu verfügen, so daß der Stroh die  
„höhere“ Bildung genießen konnte, dann gilt er dreimal, und  
hat er infolge seines Nichtstuns ein besonderes Alter (fünfzig  
Jahre) erreicht, dann gilt die Stimme dieses Höhengemessen  
viermal soviel wie die eines Handarbeiters mit unter 1800 Mk.  
Einkommen bis zum Alter von 49 Jahren. Er gilt also vier-  
mal soviel wie derjenige, der sein Leben lang schwer arbeitete  
und dessen Arbeit für die menschliche Gesellschaft nur Not und  
Geld für ihn bringt. Wahrscheinlich etwas Raffinierteres gibt es  
wohl kaum. Dieses „Wahl“gesetz hat die Furcht vor der auf-  
strebenden Arbeiterklasse, die laut und machtvoll ihre Rechte im  
heutigen Staat verlangt, diktiert. Und diese Arbeiterklasse, des  
sind wir sicher, wird auch dieses Nachwerk wieder über den  
Häusen reumen. Gewählt sind in Sachsen 16, in Baden 10 So-  
zialdemokraten, und überdies finden eine große Anzahl Stich-  
wahlen statt, bei dem Erfolge nicht ausbleiben.

Der Wahlausgang in Koburg bringt die bürgerliche Presse  
ganz aus dem Häuschen, und die Schimpfepisteln zeigen die Wut,  
in der nun das blödsinnigste Zeug zusammengeschrieben wird.  
Die Leipziger Neuesten Nachrichten leisten sich folgenden Erguß:

Der große sozialdemokratische Zuwachs kommt sicher zum  
allergrößten Teil aus dem Konto der Mittläufer, jener politisch  
charakterloser Bewohner des Grenzstrichs zwischen Bürgertum  
und Sozialdemokratie (Bei der Wahl 1907 nannte man die  
politisch Charakterlosen — national, weil sie den Schwindel  
damals glaubten. Die Ansichten haben sich schnell geändert  
in der Beurteilung der Wähler. Die Redaktion.), die je nach  
der Beschaffenheit ihrer persönlichen Stimmung bürgerlich  
wählen oder der Sozialdemokratie zulassen. Die neuen  
Steuern haben in diesen Reihen in dem Bestand des bürger-  
lichen und vaterländischen Bewußtseins große Verheerungen  
angerichtet, und die Sozialdemokratie frohlockt. Das Ver-  
halten dieser Ueberläufer ist nicht nur verurteilenswert und  
schmachvoll, es ist auch ohne Sinn und Verstand, denn die  
Sozialdemokratie hat im Ernst im Reichstag noch keinen Finger  
zur praktischen Mitarbeit gerührt und wird es nicht tun.  
Aus Verstimmlung für sie eintreten, ist eine ebenso unbank-  
bare wie unfruchtbare Demonstration, an der dem Demon-  
stranten selbst gewöhnlich sehr bald die Freude vergeht.

Nachzufüllen ist den edlen Seelen schon ihr Katzenjammer;  
denn alle Lügen und Verdrehungen über das Verhalten unserer  
Parlamentsvertreter ziehen nicht mehr, schon deshalb nicht,  
weil die Arbeiter soweit geschult sind, die Tätigkeit ihrer Ver-  
treter selbst zu beurteilen. Für uns Gewerkschaftsmitglieder  
soll es ein weiterer Ansporn sein, die Indifferenten aufzurütteln  
und uns an allem zu beteiligen, was mit der Emanzipation der  
Arbeiterklasse zusammenhängt, und wie es unsre Auffassung vom  
heutigen Klassenstaate gebietet!

## Maschinengewehre als Agitatoren!

Das Mansfelder Streikrevier wurde in der Nacht  
vom 21. auf 22. Oktober mit Militär überschwemmt.  
Je ein Bataillon der 68er und 38er und eine Kom-  
panie der Maschinengewehrabteilung mit Ma-  
schinengewehren, von denen drei vor den Toren  
der Kupferhammerhütte in Hettstedt schußbereit  
aufgepflanzt wurden, sind im Streikgebiet einge-  
troffen.

Lange Jahre trugen geduldig ihr Joeh, die Bergflanen im  
Mansfelder Revier. Rarg war ihr Lohn und larg ihr Brot, doch  
lebten sie zufrieden dahin. Zufriedenheit sei eine Bier, hatte  
man ihnen gelehrt, darum befrieden sie sich mit dem Wenigen,  
das von dem reichgebedkten Tische ihrer Herren für sie abfiel.  
—  
Drückender wurde ihr Joeh, härter der Arbeit Fron! Es  
muß etwas geschehen, das unser bitteres Los leichter macht, des  
Lebens schwere Bürde mildert; das war der Wunsch, der auf  
aller Lippen behte, in aller Herzen Wurzel schlug.

Auch in der Bergherren Ohr Klang das Murren der Massen.  
Aber sie gaben ihnen Steine statt Brot! „Reichstreue“ Knappen-  
vereine entstanden mit der Bergherren Hilfe. Verblendet durch  
alte Tradition und überkommene Vorurteile schlossen die Mans-  
felder Knappen sich diesen an, hielten sich fern von den Organi-  
sationen ihrer Klassenbenutzten Kameraden.

Waren es nicht „vaterlandslose Gesellen“, war es nicht „eine  
Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“



Kollege Menges schilberte als Vertreter der Steinarbeiter die Mißstände in unserem Beruf und die mangelhafte Durchführung der Bundesratsverordnung. Folgende von uns verfaßte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die am 5. September 1909 zu Frankfurt a. M. tagende Bauarbeiter-Schutzkonferenz der baugewerblichen Berufe von Hessen-Kassau ist der Ueberzeugung, daß die unter dem 30. März 1902 erlassene Bundesratsverordnung für Steinarbeiter, soweit der Schutz derselben auf Bauten Anwendung findet, durch die geringe, unzulängliche Baukontrolle nicht oder nur mangelhaft durchgeführt wurde.

Die wiederholten Baukontrollen haben ergeben, daß die neunstündige Maximalarbeitszeit teilweise weit überschritten wurde und auch über den Werkstätten, die am Bau fertiggestellt werden, keine Schutzbügel vorhanden waren.

Die Steinarbeiter verlangen deshalb, daß die Baukontrolle bezüglich der Durchführung der Bundesratsverordnung eine weit bessere wird als bisher. Die Baupolizeibehörden sind verpflichtet, die Bestimmungen der Bundesratsverordnung, soweit sie für unseren Beruf Anwendung finden, einer ganz besonderen Beachtung zu würdigen.

Alsdann wurde beschlossen, über den Antrag eines Kollegen, den Beitrag zu erhöhen, eine Urabstimmung vorzunehmen. Dagegen erstattete Kollege Winkel die Abrechnung vom 3. Quartal, welche in Ordnung befunden wurde. Außerdem hat Gauleiter Sartert acht Tage vorher ebenfalls eine Revision vorgenommen und wurde alles in bester Ordnung vorgefunden. Nachdem wurde noch vom Vorstand mitgeteilt, daß der Arbeiterbildungsausschuß uns für diesen Winter Referenten zur Verfügung stellt, welche belehrende Vorträge halten werden. Dagegen wurden die Kollegen aufgefordert, den Veranstaltungen des Arbeiterbildungsausschusses mehr Beachtung wie bisher zu schenken. Gegen 10 Uhr folgte Schluß der Versammlung.

Hamburg 1. Statistik vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Trotzdem öfters auf den Wert einer guten Statistik hingewiesen wurde, war die diesjährige doch nicht das, was sie hätte sein sollen, um ein richtiges Bild von der Zahlstelle geben zu können. In der Statistik beteiligten sich von 128 zahlenden Mitgliedern 118 oder 92,2 Prozent. Diese erzielten einen Gesamtergebnis von 188.976,10 Mk. Dieses ergibt einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1601,30 Mk. gegen 1689,42 Mk. im vorigen Jahre, bleibt ein Minus von 87,92 Mk. Der durchschnittliche Tagelohn beträgt 7,38 Mk. gegen 6,98 Mk. im vorigen Jahre, ist ein Mehr von 0,40 Mk. Der Höchstlohn beträgt in 290 Tagen 3531,18 Mk., ergibt einen durchschnittlichen Tagelohn von 12,18 Mk. Der niedrigste in 91 Tagen 492,91 Mk., ergibt einen Durchschnittstageslohn von 5,42 Mk. Die einzelnen Jahresverdienste verteilen sich folgendermaßen:

von	700—900 Mk.	10 Kollegen
900—1000	4	"
1000—1200	13	"
1200—1300	4	"
1300—1500	14	"
1500—1700	8	"
1700—1800	5	"
1800—1900	10	"
1900—2000	7	"
2000—2100	6	"
2100—2200	16	"
über 2200	16	"

Von den an der Statistik Beteiligten wurde ein Durchschnittsalter von 32 Jahren 9 Monaten und 5 Tagen erreicht. Der älteste Kollege ist 67½ Jahre, der jüngste 18 Jahre alt. Das Alter verteilt sich: von 18—20 Jahren 11 Kollegen, von 21—25 Jahren 15, von 26—30 Jahren 32, von 31—35 Jahren 20, von 36—40 Jahren 16, von 41—45 Jahren 9, von 46—50 Jahren 9, von 51—55 Jahren 3 und über 55 Jahre 3 Kollegen. Die Gesamtdauer der Tätigkeit von 18 Jahren. In Berufstätigkeit waren bis 5 Jahre 7 Kollegen, von 6—10 Jahre 23, von 11 bis 15 Jahre 24, von 16—20 Jahre 20, von 21—25 Jahre 14, von 26—30 Jahre 7, von 31—35 Jahre 8, von 36—40 Jahre 4 und über 40 Jahre 2 Kollegen. — Krank waren 37 Kollegen in 46 Fällen zusammen 230 Wochen, ergibt einen Durchschnitt von 37 Tagen. Es waren krank: 1 Woche 7 Kollegen, 1—2 Wochen 4, 2—3 Wochen 6, 3—5 Wochen 6, 5—7 Wochen 5, 7—9 Wochen 2, 9—10 Wochen 2, 11—26 Wochen 2, 26—52 Wochen 2 Kollegen. Die Art der Krankheiten verteilt sich auf 5 Kollegen mit Rheumatismus und Asthma, 13 Kollegen Hals- und Lungenleiden, 1 Kollege Verletzung im Beruf, 7 Kollegen sonstige Krankheiten. Bei 11 Kollegen fehlten die Angaben, weil die Frage in der Statistik nicht gestellt ist. Verheiratet sind 66 Kollegen, diese haben 150 Kinder. Ledig sind 52 Kollegen. In 13 Familien trägt die Frau zum Lebensunterhalt mit bei; 3 Frauen durch Waschen und Plätten, 7 durch Haushaltarbeiten, 2 durch Schneidern und 1 arbeitet in der Fabrik. 2 Kollegen wurden Nagbar gegen ihren Arbeitgeber wegen Entlassung ohne Kündigung, beide mit Erfolg. 87 Kollegen bezahlten eine Miete von zusammen 23.649 Mk., ergibt eine durchschnittliche Jahresmiete von 260 Mk., oder vom Jahresverdienst 16,2 Prozent.

Bernde (Ruhr). In der am 17. Oktober stattgefundenen Versammlung referierte Gauleiter Herrmann über das Thema: Die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse. In seinem Vortrage legte er in verständlicher Weise den Kollegen auseinander, welche Ziele die moderne Arbeiterbewegung zu erfüllen hat. Wohl wisse er, daß die Agitation auch hier in Bernde schwierig sei, aber deshalb müsse doch jeder Kollege sich an der Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den fernstehenden Kollegen beteiligen. Die persönlichen Anfeindungen müßten unterbleiben. Wenn auch durch den Streik im Frühjahr nicht in allen Geschäften die Lohnhöhung durchgedrückt werden konnte, so dürfe das keinen Grund bilden, nun den Verbandsbestrebungen gleichgültig und interesselos gegenüberzutreten. Zum Schluß kam er noch auf die Wirkungen der neuen Steuern durch den Schnapsbroad zu sprechen und zeigte an Beispielen, wie das arbeitende Volk geschädigt wird. Die Arbeitgeber schließen sich immer mehr zusammen, kein Mensch könne sagen, ob die Erneuerung der Tarife im kommenden Frühjahr auf friedlichem Wege vor sich gehe. Mit der ersten Mahnung an alle Kollegen zur tatkräftigen Mitarbeit am weiteren Ausbau der Zahlstelle, schloß er unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen. Den anwesenden italienischen Kollegen wurde durch Kollegen Brenzel die Hauptpunkte überseht. Nach stattgefundener Diskussion wurde eine Agitationskommission von 6 Kollegen gewählt, die durch Propaganda usw. unter den noch fernstehenden Kollegen agitieren wird. Durch den Kassierer Kollegen Geißler wurde dann die Quartalsabrechnung bekannt gegeben, seine Kassenerführung war in bester Ordnung. Nach einem Schlußworte des Gauleiters wurde die Versammlung geschlossen.

Kirchheim. Am 15. Oktober tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Zum 1. Punkt: Abrechnung, erstattete der Kassierer Bericht. Es verbleibt ein Kassenbestand von 221 Mark. Beim 2. Punkt: Derhältnisse, zeigte eine lebhaft Diskussion ein. Die Verhältnisse auf Werkplatz Altes liegen noch sehr im argen. Ein großer Teil der Kollegen ist gezwungen, im Freien zu arbeiten, da die Werkbude zu klein ist. Die Frühstücksbude ist schon längst im Aufbau fertig, die innere Einrichtung läßt aber lange auf sich warten. Jetzt, wo es schon kalte Tage gibt, müssen die Kollegen für Wasser im Freien verzehren. Wenn die Firma etwas Rücksicht auf ihre Arbeiter nehmen würde, gebe es diese Mißstände nicht. Auf Platz Schilling kommt hauptsächlich die Bucherei in Frage. Schon im Interesse der Gesundheit sollten die Kollegen das übermäßige Draufprügeln unterlassen. Die Preise sind auch nicht die besten; es wäre deshalb angebracht, wenn die Poliere die Arbeit besser verteilten, dann käme auch jeder Kollege auf

seinen Lohn. Die Versammlung rügt das Verhalten einiger Kollegen bei Holzmann, indem sie die Existenz ihrer Mitkollegen zu untergraben suchen. Solche Sachen dürfen unter Kollegen nicht vorkommen. Hier ist es angebracht, daß die Kollegen zusammenhalten, um die gesunkenen Löhne wieder in die Höhe zu bringen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die nächste Versammlung vollständig zu besuchen, denn jeder hat an dem Orte sein Interesse zu vertreten, wo er in Arbeit steht; dazu gehört auch der Versammlungsbesuch.

Kirchhausen. Vor nicht langer Zeit fanden wir in unserm Fachblatt einen Artikel über Arbeitsmangel im Odenwald. Damals glaubten viele Kollegen, in dem Schreiber des genannten Artikels einen Schwarzheher zu finden. Nun hat sich aber die Sache schon aufgelöst. Vor zirka drei Wochen wurden in Demsbach in zwei Betrieben die Leute entlassen. Am 22. Oktober wurden in Kirchhausen bei der Firma Gebr. Meine sämtliche Leute bis auf drei Mann gekündigt. Weitere Entlassungen stehen bei den andern Firmen bevor. Ueberall heißt es: es ist keine Arbeit mehr da. Auch wir geben zu, daß der Geschäftsgang flau ist; ob aber die Sache in Wirklichkeit so schlimm ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Traurig ist es, daß wir immer noch Kollegen haben, die Leute von andern Plätzen herbeilocken, um sich bei den Polieren einzuschmeicheln. Auch an die hier arbeitenden jungen Kollegen richten wir die Mahnung, die hiesige Arbeitskrise etwas ins Auge zu fassen und soviel wie möglich dem Odenwald Abse zu sagen. Wer hier im Odenwald die Lebensmittelpreise und hauptsächlich die Steuerzettel kennt, wird keine so große Sehnsucht mehr bekommen.

Ochsenburg. Am Sonntag, den 16. d. M., fand unsere Mitgliederversammlung im Gasthaus zur Rose in Ochsenburg statt, welche gut besucht war. Die Tagesordnung war eine reichhaltige, auch war Gauleiter Braun anwesend. Ein Kollege wurde aufgenommen. Kassierer Albinger gab den Kassenbericht vom 3. Quartal. An Einnahmen waren es 337 Mark, an Ausgaben 147 Mark, somit Kassenbestand 190 Mark. Der Vorsitzende erläuterte denselben noch in einzelnen Punkten. Nach Angabe des Gauleiters war die Kasse und Buchführung in bester Ordnung. Hierauf hielt Braun ein vorzügliches Referat über: Gewerkschaftliche Fragen und die Arbeiterbewegung. An der Hand verschiedener Beispiele führte er den Anwesenden vor Augen, wie sich die Unternehmer immer mehr und mehr koalieren, um den Arbeitern den Kampf ums Dasein zu erschweren. Zum Schluß streifte er noch kurz die Reichsfinanzreform, dabei betonend, wie die gewerkschaftlichen Ergründungen durch diese Räuberei wieder isoliert werden. Beschlossen wurde noch, die Bildungsfrage, sowie die Frage der Arbeitslosenunterstützung bei der nächsten Versammlung, die am 21. November in Fernbronn im Adler stattfindet, auf die Tagesordnung zu setzen. Hoffen wir, daß dieselbe ebenso gut besucht wird wie die heutige. Mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Kochbach. Am 16. Oktober hielten wir unsere Quartalsversammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Einnahmen 319,80 Mark, Ausgaben 176,88 Mark, Kassenbestand 142,92 Mark. Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, ein Protokollbuch anzuschaffen, in das alle Beschlüsse protokolliert werden sollen. Des weiteren wurde der Vorsitzende beauftragt, sich wegen der Dandbibliothek an die Gauleitung zu wenden. An die Quartalsversammlung reichte sich am 20. Oktober eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, in der Gauleiter Mittenmeier über den von den Unternehmern geplanten Reichstaxi sprach. Er legte den Anwesenden klar, was derselbe für die Arbeiter zu bedeuten habe. Daß die Kollegen die Ausführungen des Referenten verstanden haben, zeigte der Beifall am Schluß des Referats. Des weiteren wurde den Kollegen das Abonnement der Parteipresse („Donnaupost“) und Beteiligung an der politischen Organisation ans Herz gelegt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen an ihre Pflichten gegenüber dem Verband erinnert hatte und die Kollegen Joseph Meß und Jakob Spreitzer als Revisoren bestellt wurden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Seebach (Schwarzwald). Wie wir bereits in der vorigen Nummer des Fachblattes berichteten, wurde sämtlichen Arbeitern der Seebacher Granitwerke gekündigt, weil angeblich durch schlechten Geschäftsgang die bisherigen Löhne nicht mehr bezahlt werden können. Am Abend des Kündigungsstages zeigte sich denn auch des Mißfalls Stimmung. Eine weitere Bekanntmachung beehrte die Arbeiter, welches gute Herz in der Brust der Werkbesitzer schlug. Sie lautet:

Belanntmachung.  
Um unsern Arbeitern entgegenzukommen, stellen wir Steinhauer und Tagelöhner unter folgenden Bedingungen ein:

Küpfelbinder und Küpfel und Köhler bezahlen wir zum alten Preis. Alle andern Sorten erleiden einen Abzug von 1 Pfg. pro Stück.

Tagelohnarbeiter nach Uebereinkunft. Arbeiter, die zu obigen Bedingungen anfangen wollen, mögen sich bis Sonnabend, 23. Oktober 1909, melden.

Seebacher Granitwerke.

Nachtrag: Außerdem führen wir eine Sorte ein 10—12 Zentimeter breit, Preis pro Stück 8 Pfg.

Das also war der Zweck der Uebung. Der laufende Tarifvertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1910. Man entläßt die alte Arbeiterschaft und stellt sie wieder ein zu bedeutend reduzierten, willkürlich festgesetzten Löhnen. Nach der Auffassung der Unternehmer bestand der Vertrag nur zwischen der alten Arbeiterschaft und der Firma. Den Neueingestellten können beliebig andre Arbeitsbedingungen geboten werden. Und wir leben im Zeitalter der Tarifverträge! Man sollte meinen, Seebach liegt auf dem Mond. In Seebach scheint in sozialer, rechtlicher und nicht zuletzt in moralischer Beziehung die Atmosphäre vergangener Jahrhunderte zu wehen. Wir wollen jetzt Abstand nehmen, diese allem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagende Ansicht zu widerlegen. Die Tatsache des Tarifbruchs wird aber durch alle diese Winkelzüge nicht aus der Welt geschafft. Als der Gauleiter dies den Herren erklärte, wies man ihm die Tür, weil man sich Grobheiten nicht gefallen lasse. Wenn Wahrheiten Grobheiten sind, dann ist die Feststellung dieser Tatsache allerdings eine Grobheit. Wir sind durch zu gewissenhafte Tariftreue der Unternehmer gewiß nicht verhöhnt, der vorliegende Fall übertrifft aber alle bisherigen. Wo die Unternehmer bisher unsere Verträge gebrochen haben, hatten sie wenigstens den Mut, dies offen zu bekennen. Von zehn Sorten Pflastersteinen wurden sieben Sorten reduziert um je 1 Pfg. pro Stück. Das macht eine Lohnkürzung bis zu 20 Prozent. Dies in dem gleichen Augenblick, wo die gesamte Lebenshaltung in ganz underrantvortlicher Weise enorm verteuert wird. Doch was tut es! Wenn nur der heilige Profit nicht im geringsten geschmälert wird. Sind die Zeiten schlecht, wohl an Arbeiter, schnelle deinen Atem enger; du bist ja nicht verwöhnt. Mute aber mir nicht zu, daß ich von den schlechten Zeiten mitbetroffen werde. Wenn auch Hunderte vergehen, wenn ich nur habe. Das letzte Wort wird noch gesprochen werden. Mag die Angelegenheit jetzt ausgehen wie sie will, das eine ist sicher, die Saat, die jetzt ausgesät wurde, wird blutige Früchte tragen.

Ueberlingen. Am 10. Oktober fand hier eine kombinierte Versammlung der drei Zahlstellen Konstanz, Radolfzell und Ueberlingen statt. Gauleiter Braun referierte über: Tarifverträge und Tarifreform. Er führte aus, wie die Tarifverträge durch den Druck der Verhältnisse entstanden sind und wie die Unternehmer alle Mittel anwenden, diese Tarifverträge nicht auskommen zu lassen. Aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch unsere Kollegen standen diesen Tarifverträgen pessimistisch

gegenüber, die Befürchtungen waren, gegenseitig übervorteilt zu werden. Er führte weiter aus, wie die Unternehmer dann mit der Zeit zu der Einsicht gekommen sind, daß die Tarifverträge ein Ding der Notwendigkeit sind, um ein geregeltes Arbeitsverhältnis gegenständig zu fördern. Mit dem Wachstum der Organisation wurden ebenfalls auch die Tarife gestiftet und verbessert. Daß dieses nicht immer ohne schwierige Kämpfe abging, beweisen die großen Streiks, die unser Verband glänzend bestanden hat. Diefem lehrreichen Vortrage wurde von vielen Kollegen in der Versammlung nicht die richtige Aufmerksamkeit geschenkt, weil die meisten von ihnen noch nie unter Tarifverhältnissen gearbeitet haben. Punkt 2 war Kartellbericht. Es wurden vom Gewerkschaftskartell Konstanz 100 Mark für Schweden abgeschickt, und die sollen nun durch die Gewerkschaften wieder gedeckt werden. Es wurde von uns beschloffen, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen. Zum Schluß legte Gauleiter Braun den Kollegen ans Herz, bei der jetzigen schlechten Konjunktur den Mut nicht zu verlieren, sondern treu und fest zum Verbands zu halten, denn auf Regen folgt Sonnenschein.

Birzen. Am 17. Oktober fand im Schützenhaus zu Birzen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Walter vom Zentralvorstand; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Wahl eines Kassierers; 4. Verschiedenes. Beim 1. Punkt schilderte der Vortragende die Gewerkschaftsbewegung von einst und jetzt und erläuterte den Nutzen einer lokalen und einer zentralen Arbeiterbewegung, welcher nur in der letzteren zu suchen ist. Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Beim 2. Punkt gab der Kassierer Kollege Billwig den Kassenbericht vom 3. Quartal, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf erklärte der Kassierer Kollege Billwig, sein Amt als Kassierer aus triftigen Gründen niederzulegen, worauf der Kollege F. Krehshmar einstimmig als solcher gewählt wurde. Beim Punkt Verbandsangelegenheiten wurden verschiedene innere Zahlstellenangelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende forderte dann die Anwesenden auf, tatkräftig mitzuwirken, daß die Zahlstelle immer mehr ausgebaut werde, bis der letzte Mann in unsern Reihen kämpft. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

## An die baugewerblichen Arbeiter Ost- und Westpreußens.

An die baugewerblichen Arbeiter Ost- und Westpreußens. Die unterzeichnete Kommission erlaubt sich im Einvernehmen mit den Gauleitern der baugewerblichen Organisationen eine Bauarbeiter-Schutzkonferenz zu Sonntag, 7. November, vormittags 11 Uhr, in Elbing im Vereinsgarten, Holzstraße, einzuberufen.

- Tagesordnung:
1. Der Bauarbeiterschutz in Ost- und Westpreußen, unter besonderer Berücksichtigung der Unglücksfälle in Elbing und Allenstein. Referent: Genosse Richard Wende-Danzig.
  2. Unsere Forderungen betreffs Bauarbeiterschutz. Referent: Genosse Gustav Heintze-Hamburg.
  3. Die Agitation für den Bauarbeiterschutz. Referent: Genosse Julius Sehl-Danzig.
  4. Allgemeines.

Werte Genossen! Die Mißstände im Baugewerbe und mit ihnen die Unglücksfälle, die viele Menschenleben schon gefordert haben, vermehren sich von Jahr zu Jahr, es muß nun unsere Aufgabe sein, diesen Mißständen ganz energisch entgegen zu arbeiten.

Wir ersuchen Euch deshalb, daß alle Berufe zahlreich vertreten sind.  
Die Kosten der Delegation trägt jede in Betracht kommende Gewerkschaft für sich, und zwar aus den Lokalkassen.  
Die Bauarbeiterschutzkommission von Danzig.  
J. A. Richard Wende.

## Der Kampf in Schweden.

Der Abgeordnete Genosse Svend Pehrson erklärt in den schwedischen Parteiblättern einen Aufruf zugunsten der noch im Kampf stehenden Erzgubenaarbeiter, der die abscheuliche Brutalität der schwedischen Unternehmer so recht kennzeichnet. In diesen Gruben herrschte seit Menschengedenken ein patriarchalisches Verhältnis. Die Arbeiter bekamen ihren Lohn teils in bar, teils in Naturalien, wie Wohnung, Ackerland usw. In den letzten zehn Jahren organisierten sich sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer, und erst seit etwa einem Jahre hat man nach langen Vorberatungen neue Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis getroffen und auch die Lohnfrage dahin geregelt, daß der Lohn der Arbeiter bar ausbezahlt wird, die Arbeiter dagegen die Bezüge von den Unternehmern ebenfalls bar bezahlen. Beide Parteien schienen mit den neuen Verhältnissen zufrieden, bis vor einem halben Jahre auf einer Grube ein Konflikt ausbrach. Die Arbeiter beantragten das Urteil eines unparteiischen Schiedsgerichts und der Vermittler der Regierung legte den Unternehmern zweimal von den Arbeitern genehmigte Vergleichsvorschläge vor, die diese jedoch kurzerhand ablehnten. Am 2. August wurden plötzlich die Arbeiter auf 45 Gruben ausgeperrt und seit dieser Zeit stehen die Arbeiter im Kampf.

Die Unternehmer, die fleißig und fest auf ihrem Koalitionsrecht stehen, verlangen von den Arbeitern nicht nur Austritt aus ihrer Organisation, sie sollen auch unter Anwesenheit von zwei Zeugen sich schriftlich verpflichten, weder andere Arbeiter, die im Streik sich befinden, zu unterstützen, noch sonst zu Vereinstwecken irgendwelche Beiträge zu leisten. Bis jetzt, nach wöllen zwölf Wochen, hat man die Arbeiter nicht dazu zwingen können, diese schmähtlichen Verpflichtungen einzugehen. Darüber sind die Unternehmer förmlich rasend geworden. Ihren letzten Trumpf, den sie noch hatten, haben sie jetzt ausgespielt: sie haben die Arbeiter von Haus und Hof gejagt Arbeiter, die 50 Jahre und noch länger auf einer Stelle gearbeitet, die bei der Arbeitsstelle geboren und erzogen wurden, die ihre ganze freie Zeit der Urbarmachung des kümmerlichen Bodens gewidmet, sind dadurch um den Ertrag ihrer Lebensarbeit geprellt. Die alten Arbeiter und solche, die eine zahlreiche Familie haben, suchte man heraus, verjagte sie zuerst, in der Hoffnung, daß diese doch noch dem Willen der Unternehmer sich beugen würden. Doch auch diese Brutalität versagte. Noch in den letzten Tagen haben die Arbeiter einmütig beschlossen, im Kampfe auszuharren.

Viele der von Haus und Hof verjagten Arbeiter schämen sich jetzt an, nach Brasilien auszuwandern. Ueberhaupt nimmt die Auswanderung schwedischer Arbeiter einen so bedrohlichen Umfang an, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Regierung recht besorgt werden. Die Organisationen selbst erleidigen

den Arbeitern die Auswanderung durch Besteuerung zu den Reisekosten. Der schwedische Nationalverein gegen Auswanderung erläßt am Sonnabend einen Aufruf zur Einleitung von Sammlungen zugunsten der heimatslosen ausgesperrten Arbeiter. An eine solche Wendung des Kampfes hatte man doch nicht gedacht. Die Regierung wird aufgefordert, den Arbeitslosen ein Stück Land zur Urbarmachung zu überweisen und sie mit den notwendigen Geldmitteln zu unterstützen.

Der Aufruf, den Genosse Beshon für diese drangsalieren Erzgrubenarbeiter erläßt, schließt:

**Arbeiter aller Länder! Kameraden in Skandinavien!**  
Das Programm der Unternehmer lautet „Slave oder Hunger!“ Schwedens Erzgrubenarbeiter jedoch sind einig, sie wollen aushalten, aber es gilt, sie mit Proviant zu versehen, damit die Unternehmer diesen Hungerkrieg nicht siegreich durchführen können. Laßt uns um die tapferen Kämpfer einen Ring schließen! Laßt die Brutalität der Unternehmer stranden an der Solidarität der Arbeiter! Nur dadurch können wir die Wohlfahrt und die Freiheit der Arbeiter retten.“

## Arbeitslosen-Versicherung und Industriepolitik.

Wie vielen andern Körperschaften hat die badische Regierung auch dem Verband süddeutscher Industrieller den Plan unterbreitet, den badischen Gemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage vorzuschlagen. Der Verband befragte seine Mitglieder; sie sprachen sich aber einmütig gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung aus. In einer Eingabe hat darauf der Industriellenverband die Regierung, im Interesse der badischen Volkswirtschaft das Programm endgültig fallen zu lassen. Das wäre nun nicht verwunderlich, denn man erwartet vom Unternehmertum kein Verständnis für die Lage der Arbeitslosen. Großes Interesse erweckt jedoch die Begründung der Ablehnung. Sie läßt einen Schluß zu, wie die Industriellen über die derzeitige Handelspolitik der Regierung und der Mehrheit des Reichstags denken. Da heißt es:

Man fördere mehr wie bisher in unserem Vaterlande durch eine gesunde Industrie- und Export-Politik die Interessen der deutschen Industrie, dann wird man schneller und auf direktem Wege das erreichen, was man auf Umwegen durch übertriebene soziale Fürsorge erzielen will. Es wäre besser, statt die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu bekämpfen, sie durch eine gesunde deutsche Industrie- und Export-Politik zu bekämpfen. Dieser direkte Weg wird zu einer Erstarkung der deutschen Industrie führen und die Industrie damit in die Lage versetzen, in immer größerem Umfange Arbeitsgelegenheit für unsere ständig zunehmende Bevölkerung zu schaffen. Der direkte Weg ist von größter nationaler Bedeutung und muß zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivität unserer Volkswirtschaft führen, der indirekte Weg ist unwirtschaftlich.

Man wird es den deutschen Industriellen glauben müssen, daß es ihnen nicht zu gut geht unter der agrarischen Herrschaft, die sie sich in den rosigen Stunden der Hottentottenwahlen höchstselbst aufgehängt haben und daß die Zollwucherer die industriellen Profite weniger berücksichtigen als die agrarische Grundrente. Jedoch die „Industrie- und Exportpolitik“ vermag nur die Interessen der Industriellen zu schützen, ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist sie beileibe nicht. Wir verweisen nur auf die kapitalistisch „gesunde“ Industrie- und Exportpolitik Amerikas und Englands und auf die fruchtbarste Arbeitslosigkeit, die im verflochtenen Jahre die Reichen der Arbeiter in diesen Ländern verheerte. Die massenhafte Arbeitslosigkeit ist keine deutsche Erscheinung, sie ist die Folge der internationalen kapitalistischen Produktionsanarchie, der periodischen Ueberproduktion und der daraus folgenden Krisen. Die badischen Industriellen fordern nicht mehr, als daß die Arbeiter die Profitinteressen der Herren vertreten sollen. Sollten die Krisen jedoch auch in den Zeiten der „gesunden Industrie- und Exportpolitik“ die Massenarbeitslosigkeit hervorbringen, die badischen Industriellen würden auch dann die „übertriebene soziale Fürsorge“ der Arbeitslosenversicherung „im Interesse der badischen Volkswirtschaft“ von sich weisen.

## Rundschau.

Beginn der zentralen Verhandlungen im deutschen Baugewerbe. Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe teilt im Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe seinen Mitgliedern mit, daß die Konferenz der Bundesvorsitzenden als Verhandlungstag mit den Vorständen der Zentralverbände der Arbeitnehmer den 11. und eventuell auch den 12. November festgesetzt worden ist. Ein früherer Termin konnte nicht angesetzt werden, da sich die Zentralverbände erst für die erste Hälfte des November verhandlungsbereit erklärten. Nach dem bestehenden Vertrage findet eine Kündigung des Vertrags nicht statt und vier Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen. In den ersten zentralen Verhandlungen wird voraussichtlich nur über die Abänderungen des Vertragsmusters beraten werden, während den späteren örtlichen Verhandlungen die Beratung über Löhne und Arbeitszeit wohl vorbehalten bleiben wird.

Systematische Verleumdungen sind bekanntlich die Führer der Zentrumsgelehrten. Zu den Befähigungen, über welche sie verfügen, zählt an erster Stelle die Verleumdungskunst. Was in der Solnhofener Angelegenheit von diesen Herren alles zusammengelogen wurde, muß einfach bewundert werden. Auch in letzter Zeit arbeitete einer der Schmuckfinken in der Zentrumspresse mit Verleumdungen, um die Zentrumsgelehrten von der unangenehmen Wolf-Affäre frei zu machen. Da durch die Veröffentlichung der jämmerlichen Rassenverhältnisse des ehemaligen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes durch den ehemaligen Abtats des Herrn Oswald, Hannes Wolf, die Stimmung keine gute ist und auch der verlorene Kampf in Solnhofen, zu dessen glorreichem Ende die Unbeholfenheit der schwarzen Führer nicht unwesentlich beitrug, keine Besserung in dieser Beziehung brachte, griff man im jesuitischen Lager zur Lüge. Der unbeholfene Tremmel setzte sich auf sein großes Hinterzeug und schrieb ein gar schreckliches Flugblatt gegen die „Roten“ mit der Ueberschrift: „Ein Denkmal roter Schande“. Darin führt der große Geist an, daß nur die „Roten“ schuldig sind an dem Solnhofener „Sieg“, weil sie vor den Schwarzen keinen Respekt gezeigt hätten. Wir hätten sagen sollen, daß die Kasse bei den Christen gut ist, wenn die Herren auch schon am Anfang bettelten. Das Wolf schrieb, sei Lüge usw. Wir trauen ja auch dem Hannes Wolf nicht recht, weil wir wissen, daß er im christlichen Lager das Lügen lernte. Aber so schnell hätte Tremmel doch nicht über die Sache hinweggehen sollen; ein Beweis, daß die Angaben von Wolf stimmen. Auch der „Obergenosse und Nachbar der Roten“

Böhm, wird bei dieser Gelegenheit als Enthüller der Wolfischen Tätigkeit mit Haut und Haaren aufgefressen. — Doch weg, von dem verlogenen Bißch, der dazu dienen soll, die christlichen Arbeiter gegen die Freiorganisierungen aufzuheben, obwohl die Christlichorganisierten den schmuckigen Felsen nicht einmal verteilen mochten, den ihnen die Führer von des Kaisers und des Papstes Gnaden in die Hand drückten! Trotz alledem ist bei den Herren „Mathäi am letzten“.

Das Flugblatt über die Solnhofener Angelegenheit haben die Schwarzen vor einigen Tagen in Striegau (Schlesien) auch unter den Holzarbeitern verteilen lassen. Tremmel rechnete wahrscheinlich darauf, daß uns seine Lügenmanier im Striegauer Gebiet Mitglieder kosten würde. O, dieser Einfaltspinsel.

Eine niedliche Submissionsblüte. Auf Herstellung der Erd-, Straßenbefestigungs- und Pflasterarbeiten zum Neubau der Heil- und Pflegeanstalt in Lohr sind bei der Bauleitung Angebote zwischen 35 708.20 Mark (Franz Hofmann-Ritgingen) und 77 749.76 Mark (Georg Weippert-Würzburg) gemacht worden. Die Differenz zwischen dem Mindest- und dem Höchstnehmenden beträgt also nur 42 041.56 Mark.

Verständliche Worte eines Innungs-Direktors. Einen verständigen, für viele Innungsmeister aber fast unbegreiflichen Standpunkt nahm der Obermeister Müller von der Breslauer Tischlerinnung in einer Innungsverammlung ein. Den Breslauer Holzarbeitern steht von jetzt ab durch Tarifvertrag eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu, die sich einzelne Innungsmeister zu zahlen weigern. In der letzten Innungsverammlung erklärte nun der obengenannte Obermeister Müller, daß er es in seiner Eigenschaft als Leiter der Innung für durchaus notwendig halte, die Innungsmittglieder an diese tarifliche Vereinbarung zu erinnern und sie aufzufordern, sich strikte an den Tarif zu halten. Er warnte ausdrücklich davor, ihn zu brechen. Es sei wohl leicht, zu Zeiten einer schlechten Konjunktur untermäßig zu bezahlen, aber bei guter Konjunktur rühr bei einer Erneuerung des Tarifs müsse sich das schwer und bitter rächen. Diese vorstehenden Worte eines Innungsobermasters fanden natürlich nicht den Beifall der Mehrzahl der Innungsmeister.

Die Marmorindustrie von Carrara. Wie wir der Zeitschrift „Steinbruch“ entnehmen, sind nach einer Statistik des italienischen Finanzministeriums folgende Mengen Marmor in Tonnen von den einzelnen Ländern bezogen. Im Verhältnis hat Belgien am meisten verarbeitet. Für Deutschland ist der Bezug gegen 1907 etwas zurückgegangen, hat aber trotzdem gegen 1906 eine bedeutende Steigerung aufzuweisen.

	1906	1907	1908
Vereinigte Staaten . . .	54 567	58 441	47 431
England . . .	34 624	36 946	33 474
Belgien . . .	24 668	30 239	30 439
Frankreich . . .	22 599	19 070	21 824
Deutschland . . .	16 866	29 579	27 945
Argentinien . . .	15 979	17 540	15 870
Oesterreich-Ungarn . . .	9 782	9 939	10 072
Ägypten . . .	7 607	9 947	7 028
Niederlande . . .	4 401	4 953	6 203
Brasilien . . .	4 354	5 373	5 472
Spanien . . .	4 837	5 917	5 234
Schweiz . . .	5 883	6 737	4 539
Tunis . . .	2 366	1 108	2 159
Rußland . . .	934	1 856	2 440
Britisch-Indien . . .	1 917	1 887	2 229
Türkei . . .	2 836	2 997	2 137
Australien . . .	1 536	2 972	1 719
Andere Länder . . .	16 540	16 945	17 936

Schwedens Ausfuhr an Steinen im ersten Halbjahr 1909 belief sich auf 1 601 000 Kronen (im Vorjahre 1 749 000 Kronen) bei den unbehauenen Steinen, während die behauenen wie auch polierten Steine einen Wert von 3 477 000 Kronen (im Vorjahre 3 085 000 Kronen) hatten. (Steinbruch.)

### Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte.

Ein Werk, das vor kurzem zum Scheitern verurteilt zu sein schien, nämlich die Vereinigung der drei großen Transportarbeiterverbände — der Seelente, Hafnarbeiter und Transportarbeiter — zu einem einzigen kompakten Machgebilde, hat am 19. Oktober eine starke Förderung erfahren. An diesem Tage sind in Hamburg die Delegierten der drei Zentralverbände zusammengetreten, um die dem endgültigen Zusammenfassung hinderlichen Differenzen zu beseitigen. Diese Bemühungen waren erfreulicherweise von Erfolg gekrönt. Die Kommission nahm einstimmig eine Erklärung an, die ganz dazu angetan ist, auch den letzten Stachel des Zwiespalts zu beseitigen. Die konkreten, auf die Differenzen bezugnehmenden Punkte sind kurz diese: Die Minorität der Konferenz vom 25. März 1908 (die Transportarbeiter) erkennt an, daß die Beschlußfassung der Mehrheit dieser Konferenz (Hafnarbeiter und Seelente) völlig „legal“ gewesen sei.

Durch dieses lokale gegenseitige Entgegenkommen wird dem Zusammenstoß das schwerste Gegengewicht genommen. Im Anfang des Dezember wird nun in Hamburg eine Sitzung stattfinden, die weitere Schritte auf dem Wege zur Einheitsorganisation tun wird. Im Interesse des kämpfenden Proletariats freuen wir uns des werdenden Gebildes; wir wünschen, daß alle Hoffnungen, die sich billigerweise an eine so große Organisation knüpfen lassen, erfüllt werden.

Der wegen der Differenzen aufgehobene Kartellvertrag wird nicht erneuert, doch sollen die darin niedergelegten gewerkschaftlichen Grundsätze für die beteiligte Organisation ohnehin weiteres Geltung haben.

### Ein Vorstoß gegen die freie Jugendorganisation.

Die Berliner Polizei verfolgt seit einiger Zeit, offenbar auf höhere Anweisung, die freie Jugendorganisation mit ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Sie überwacht die Versammlungen, auch wenn das Thema noch so harmlos ist, und sucht eifrig nach Material, mit dessen Hilfe man die jungen Leute unter 18 Jahren aus der Jugendorganisation vertreiben könnte. Die Polizei scheint nun jetzt ihrer Sache sicher zu sein; sie sandte an den Vorsitzenden der freien Jugendorganisation Berlin, Genossen Maschke, folgenden Erlaß:

Nach den seit Erlaß des Reichsvereinsgesetzes, namentlich auch in neuester Zeit hinsichtlich der Betätigung des Vereins freie Jugendorganisation Berlins und Umgebend gemachten Wahrnehmungen ist der Verein als politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen. Der Vorstand ist daher verpflichtet, jede Aenderung der Satzung, sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstands binnen einer Frist von 2 Wochen nach der Aenderung dem Polizeipräsidenten anzuzeigen. Versäumnis der gesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen unterliegen der Bestrafung gemäß § 18, 1 des Reichsvereinsgesetzes.

Bezüglich der Mitgliedschaft Jugendlicher an politischen Vereinen und der Teilnahme derselben an Veranstaltungen solcher Vereine wird auf § 17 genannten Gesetzes verwiesen. J. B.: (gez.) Friedheim.

Die Berliner Polizei ist also draus und dran, der proletarischen Jugendorganisation das Lebenslicht auszublauen, indem sie sie einfach zu einer politischen Organisation und ihre Versammlungen zu solchen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, stempelt. Die Beschwerde, die gegen den Erlaß eingelegt werden wird, dürfte die völlige Unhaltbarkeit der politischen Argumentation ergeben. Die freie Jugendorganisation betätigt sich in größter Öffentlichkeit, und was sich in ihren Ver-

sammlungen und Sitzungen abspielt, wird auch mit dem besten Willen nicht unter die politischen und öffentlichen Angelegenheiten des Reichsvereinsgesetzes zu bringen sein.

## An die „Steinarbeiter“-Verbreiter!

Neubestellungen und Adressenänderungen über die Zufendung des „Steinarbeiter“ können für die laufende Nummer nur dann berücksichtigt werden, wenn solche bis Dienstag mittag in Händen der Expedition sind. Für die Zufendung sind möglichst stabile Adressen anzugeben. — Wo die Ortsverwaltung die Verbreitung des Organs übernommen, sind bei eventuellen Adressenänderungen solche der Expedition besonders mitzuteilen bezw. ist auf der Aenderung solches besonders zu vermerken. — Einzelzahler haben bei ihrer Abreise der Expedition Mitteilung zu machen, viel Porto wird durch die Unterlassung unnütz ausgegeben.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. Oktober 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extratreuer.)

Hasserohe (Auerwald), Ins. 2.60. Glauchau, B. 4.40. Rudolstadt, B. 4.95. Stein-Bothenheim, B. 4.95. Borna, B. 5.45. Widenbach, B. 84.—, K. 5.—. Koblenz, B. 64.40, K. 2.10. Essen, B. 69.—. Kirchheim, B. 348.68, F. 10.—, K. 7.30, M. 3.90. Königberg, B. 181.70. Kiefernfeld, B. 108.10, K. 4.15. Mühlheim, B. 69.—, E. 10.—, K. 3.—, M. 0.20. Mühlhausen i. Thür., B. 103.50, E. 2.—, K. 10.—. Rospbach, B. 140.28, K. 20.00. Treuen, B. 20.70, K. 1.80; (Wölfel), 5.—. Sothenelle, Ab. 0.90. Trier, B. 0.46, K. 0.05, M. 0.80. Witten, B. 138.—. Weichselburg, B. 8.40, E. 0.50, K. 0.10. Wiesbaden, B. 92.—. Wildemann, B. 90.30, E. 8.—, K. 5.20. Zröfau, B. 73.50, E. 2.57, K. 2.70. Roth a. S., B. 104.88, K. 0.40, M. 3.90. Reichenbach i. Odenw., B. 207.90, K. 0.60. Oberstein, B. 25.87, K. 1.30. Osterwald, B. 184.92, K. 1.50. Süßed, B. 170.20, K. 1.30. Kappelrodeck, B. 115.—, K. 9.50. Hannover, B. 253.92, K. 5.90. Einbeck, B. 184.—. Düsseldorf II, B. 117.76, K. 0.40. Bischofsroda, B. 94.92, E. 0.50, K. 2.60, M. 0.20. Brück, B. 76.—, E. 2.50, K. 20.—. Altleben, B. 13.68. Bant, B. 4.95. Hamburg (Seeburger), Ins. 2.—. Eilenburg (Lypsel), B. 3.30. Sonderburg, B. 5.80. Dittelsdorf, B. 17.60. Bamberg, B. 231.—, E. 2.—, K. 11.50. Neuenstein, B. 38.22, K. 10.—. Seebach, B. 18.40, E. 5.—. Sebnitz, B. 126.—, E. 4.50, K. 2.70. Steinen, B. 22.08. Ober-Peilau, B. 319.20, E. 1.—, K. 3.90. Ober-Doria, B. 167.20, E. 1.—, K. 11.—. Reg. B. 100.74, E. 0.50, K. 5.10. Feghenbach, B. 63.—. Augsburg, B. 52.50. Eßterdingen (H.), 5.—. Hüften, B. 4.50. Oelsnitz, B. 0.85. Rößing, B. 9.90. Dürkheim, B. 255.78, E. 5.—, K. 17.—, M. 3.20. Eberfeld, B. 93.50. Halle, B. 59.80, K. 0.20. Hagenau, B. 75.18, E. 1.50, K. 0.90. Springe, B. 21.—, K. 3.50, M. 2.50. Sulzfeld, B. 380.—, E. 2.50, K. 15.50. Stabiprosjekt, B. 36.54, E. 4.50, K. 2.60, M. 0.75. Bunfiedel, B. 12.60, K. 0.90. Würzburg, B. 27.60, K. 2.25, M. 3.90, X. 3.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

Königsberg. Dem Steinmeßer Emil Herbig ist keine neue Interimskarte auszustellen. Wilhelm Fischer, Kassierer.

## Adressen-Änderungen.

Wolfschagen. Vorf.: Karl Pahl, Nr. 188.  
Düsseldorf. Vorf.: Barthel Laug, Kölner Landstraße 98.  
Kass.: Franz Tenbusch, Dianastraße 31. — Die Reiseunterstützung wird vom Kassierer abends 6—8 Uhr ausgezahlt.

## Briefkasten.

Seppenheim, S. Du hast seitherzeit den Bestellzettel unterschrieben, die Buchhandlung ist also im Recht. Die Zuzahlung eines Anwaltes ist überflüssig, der kostet Dich mindestens 20 M., ändern kann er aber nicht das geringste. — Breslau II, M. Leider hat uns der betreffende Kollege ohne jede Antwort gelassen.

## Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Berlin.

Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr  
**Kombinierte Mitgliederversammlung**  
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Max Schütte über **Kulturaufgaben — und ihre Erfüllung.**
  2. Gemerkschaftliches.
- In dieser Versammlung sind Karten zu dem am 17. Nov. (Bußtag) erfolgenden **gemeinschaftlichen Besuch der Sternwarte in Treptow** (Treffpunkt daselbst nachmittags 3 1/2 Uhr) erhältlich.
- Um zahlreiches und **pünktliches** Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Schürzen** Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstuhosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.

**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**

**Tüchtiger Marmordreher**  
der auch Platten arbeit. kann, bei entspr. Leistung dauernd, sof. gef.  
**Gebr. Pfister, München, Kolossusstr. 1.**

**Gestorben.**  
In Frankfurt a. M. der Kollege Adolf Deeg, 34 Jahre alt, an Blasenleiden.  
In Hamburg I der Kollege A. Bergamasto, 57 Jahre alt, an Lungen Schlag.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Zur Beachtung!

Unter Hinweis auf die Anweisungen im Juni, soll am November d. J. eine allgemeine Kontrolle der Winterbauten vor sich gehen. Um allen Anforderungen nachzukommen, wird dringend ersucht, die Zahl der benötigten Fragebogen bei dem Unterzeichneten umgehend zu bestellen.

Hamburg I, Besenbinderhof 56.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.  
J. A. G. Heinke.

## Berufsmisere.

II.

Die Steinbruchsberufsgenossenschaft hat im Verhältnis zu andern Berufsgenossenschaften bedeutende Summen für das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall aufgewendet. 766 Verletzte wurden zur ärztlichen Behandlung in Krankenhäuser oder Heilanstalten untergebracht; davon sind 238 Verletzte vor und 142 nach Ablauf der 13. Woche als geheilt entlassen. Die Kosten erheischten einen Aufwand von 62 621 Mk. gegen 54 543 Mk. im Jahre 1907. Dieses Heilverfahren liegt durchaus im Interesse der Berufsgenossenschaft, sie beugt damit späteren größeren Ausgaben vor. Auch die Verletzten haben von diesem praktischen Geschäftsgebaren allgemein keinen Nachteil.

Ende 1908 verblieben zu entschädigende Verletzte 12 830, deren Durchschnittsrente beträgt wie im Vorjahre 30 Prozent. Die gezahlten Entschädigungen haben im Jahre 1908 ebenfalls eine Steigerung gegen die vorhergehenden Jahre erfahren. Es wurden gezahlt:

1908	3 819 651.11 Mk.
1907	3 690 593.39 "
1906	3 414 399.70 "

Die Beachtung der Unfallversicherungsvorschriften mußte, weil 473 Verstöße gegen diese vorlagen, 191 Betrieben durch Geldstrafen beigebracht werden; in Summa 4011 Mk. (1907 in 396 Fällen 163 Betriebe, Strafe 3395 Mk.) Auf Steinbrüche und Gräbereien über Tage entfallen von obigen Verstößen 326 in 165 Betrieben, darunter 79 Betriebe wegen nicht vorschriftsmäßigem Abraum! Die Vorschriften für Sprengarbeit wurden in 99 Fällen von 53 Betrieben außeracht gelassen, davon 14 Fälle wegen Gebrauch eiserner Ladestöcke. Auch gegen Arbeiter sind wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallversicherungsvorschriften in 256 Fällen Geldstrafen von den Sektionsvorständen beantragt worden. Die meisten hiervon entfielen auf Sektion VIII (Schlesien), nämlich —

118 Strafen. Die von der Berufsgenossenschaft ermittelten Durchschnittslöhne erfordern unsere größte Aufmerksamkeit; wird doch damit klargestellt, wie niedrig die Lebenshaltung der in der Steinindustrie tätigen Arbeiter ist. Der Durchschnittslohn betrug 1907 1053 Mk. und ist im Jahre 1908 auf 1048 Mk. gesunken. Wo eine Verminderung des Lohnes, während alle Konsumartikel zum Lebensunterhalt eine ganz bedeutende Steigerung erfahren haben. Der Bericht schreibt: „Während in den letzten Jahren stets eine Zunahme an Löhnen gegenüber dem Vorjahre verzeichnet werden konnte, weist das Jahr 1908 einen Rückgang von fast 6 Millionen Mark auf“, Ursache sei „die ungünstige wirtschaftliche Lage in den meisten der zur Steinbruchsberufsgenossenschaft gehörigen Betrieben während 1908, die in der Verminderung der Lohnsumme zum Ausdruck kommt“, und habe diese auch „auf die Lohnaufwendungen für den einzelnen Arbeiter nachteilig gewirkt.“

In der Verminderung der Lohnsumme sind von den 10 Sektionen der Berufsgenossenschaft 6 beteiligt, davon am stärksten Sektion IV (Rheinlande). Hier ist der Lohnausfall über 3 Millionen Mark. Dem folgt Sektion V (Westfalen, Hessen-Nassau) mit 2 Millionen usw. Eine Steigerung des Durchschnittslohns in stär-

kerem Maße ist nur in Sektion I (Bayern) eingetreten. Doch war der Durchschnittslohn der vorhergehenden Jahre dort sehr gering, so daß die Steigerung nicht besonders ins Gewicht fällt. Die nachstehende Aufstellung gibt eine Uebersicht über die Durchschnittslöhne in den einzelnen Sektionen.

Sektion	Es entfallen auf den Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen		Durchschn. Tagesverdienst 1908 Mt.
	1907 Mt.	1908 Mt.	
I. Bayern	897	923	3.08
II. Baden, Württemberg	1065	1065	3.55
III. Elsaß-Lothringen u. Hessen	1059	1107	3.69
IV. Rheinprovinz	1192	1140	3.80
V. Westfalen u. Hessen-Nassau	1153	1135	3.78
VI. Provinz Sachsen	1013	1015	3.38
VII. Königreich Sachsen	1026	1030	3.43
VIII. Schlesien	872	893	2.98
IX. Hannover, Schaftstädte	1077	1095	3.65
X. Ost- u. Westpreußen, Berlin	1084	1068	3.56
Summa	1053	1048	3.49

Welche Steigerung die Durchschnittslöhne von 1886 bis 1908 erfahren, zeigen folgende Zahlen:

Durchschnittslöhne für Vollarbeiter:	Durchschnittlicher Tagesverdienst:
1886	1886
1896	1896
1897	1897
1898	1898
1899	1899
1900	1900
1901	1901
1902	1902
1903	1903
1904	1904
1905	1905
1906	1906
1907	1907
1908	1908

Gewiß eine erfreuliche Besserung, an der die Arbeiterorganisationen einen erheblichen Anteil haben. Im Bericht wird zu der Steigerung gesagt, daß die Löhne sich seit Bestehen der Genossenschaft um mehr als 60 Prozent erhöht haben, „aber ein gleich starkes Wachstum der Löhne, wie es in den früheren Jahren zu verzeichnen war, auf die Dauer unmöglich anhalten kann. Den Zeiten der starken wirtschaftlichen Entwicklung, die wir insbesondere im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen hatten, müssen Zeiten ruhiger, gleichmäßiger Entwicklung folgen, auch in den Löhnen.“ ... Recht schön gesagt und in einem Bericht einer Berufsgenossenschaft weiter nicht verwunderlich. Aber ein Durchschnittslohn von 1048 Mk. (pro Tag 3.49 Mk.) fällt noch lange nicht in die Rubrik der hohen Löhne; dieser verdient noch ohne Uebertreibung die Bezeichnung Hungerlohn! Die Steinarbeiter werden natürlich alles daransetzen, nicht nur den Rückgang gegen 1907 wieder auszugleichen, sondern den Lohn den heutigen Lebensverhältnissen anzupassen, denn seine Steigerung ist für uns noch lange nicht begrenzt.

Dieß man nun im Bericht unter laufende Verwaltungskosten weiter, so findet sich folgendes: „Reisekosten, die Steigerung ist bedingt durch erfolgte Erhöhung der Tagelöhner und der Reisekostenentschädigung.“ In bezug auf die Gehälter der Beamten heißt es: „Die Mehrausgabe ist durch fällige Gehaltsaufbesserungen sowie durch die Aufbesserung gewährter Remunerationen verursacht.“ Man vergleiche nur diese Auslassungen mit dem zwischen den Zeilen gemachten Vorwurf, daß die Löhne der Steinarbeiter zu hoch seien. Ein Lohn von 3.49 Mk. zu hoch? ... Man muß eine merkwürdige Auffassung vom Arbeiterlohn überhaupt haben, um so etwas schreiben zu können. Wir sind gewiß die letzten, die den Beamten die Gehaltsaufbesserungen oder Erhöhung der Tagelöhner mißgönnen, und nach unserer Anschauung sind sie auch wohl nötig geworden durch die jansche deutsche Reichspolitik, die verursacht, daß in erster Linie jenen der Brotkorb höher gehängt wird, die infolge

ihrer erbärmlichen Entlohnung von der Hand in den Mund leben. Wer sind diese nun, die in der Berufsgenossenschaft zusammenwirkenden Unternehmern der Steinindustrie, die angestellten Beamten der Genossenschaft, oder die in der Genossenschaft versicherten Arbeiter? Wir denken die letzteren! Sie sind es auch, die infolge ihrer Leistungsfähigkeit zur Entwicklung der deutschen Steinindustrie ganz erheblich beigetragen haben. Die erst die Möglichkeit zur Zusammentragung der Millionen in der Berufsgenossenschaft gegeben, die dann in Form länglicher Renten und oft unter recht schwierigen Umständen den Steinarbeitern für zehnjährige Mitgliedschaften zurück „vergütet“ werden. Die Schiedsgerichts-fälle lassen es deutlich erkennen; 2594 Berufungen hatte die Instanz zu erledigen, davon wurden 1674 Fälle zugunsten der Genossenschaft entschieden, während 381 Sachen zu deren Ungunsten ausfielen. Das günstigste Ergebnis hat, wie im Bericht besonders hervorgehoben wird, wieder Sektion VIII (Schlesien). Dort wurden von 170 Berufungen 156 zugunsten der Genossenschaft entschieden, gleich 91,8 Prozent. Die Refuse beim Reichsversicherungsamt zeigen ein ähnliches Verhältnis. 400 Fälle erledigten sich zugunsten der Genossenschaft. 88 dagegen im Interesse der Versicherten. Auch hier steht der Bezirk Schlesien an erster Stelle; 88,5 Prozent der Refuse waren zugunsten der Genossenschaft. Daß nun Schlesien bei allem glänzt, ist wohl nicht Zufall und sollte unsern schlesischen Berufsgenossen zu denken geben.

Im Jahre 1908 hatte die Genossenschaft in 11 Fällen gegen Betriebsunternehmer und Betriebsbeamte, weil sie in fahrlässiger Weise Unfälle verschuldet hatten, ein Verfahren eingeleitet, um die gemachten Aufwendungen zurückzuerhalten. Geldstrafen wurden in 742 Fällen in Höhe von 12 863 Mk. gegen Betriebsunternehmer bezw. Betriebsleiter verhängt; hierunter fallen die bereits erwähnten 473 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften.

Das Reichsversicherungsamt hat nun an die Berufsgenossenschaften die Anregung gegeben, daß die Unfallverhütungsvorschriften vereinfacht werden, da sie „allmählich einen Umfang angenommen, der ihrer genauen Kenntnisnahme und Befolgung durch Betriebsunternehmer, Beamte und Arbeiter nicht förderlich sein dürfte.“ Diese Anregung ist gewiß zu begrüßen. Die Arbeiter haben schon oft darauf verwiesen, daß der jetzige Umfang der Bestimmungen, dazu die übliche Antreibung leitens der Unternehmer, nicht zulasse, mit der nötigen Vorsicht zu arbeiten. Durch eine „Vereinfachung“ der Vorschriften soll den Arbeitern die Kenntnis und die Durchführung der Vorschriften erleichtert werden. Wollen es hoffen, überzeugt sind wir nicht davon!

Die Unfälle sind im Laufe der Jahre immer größer geworden. Die Betriebsweise stellt immer größere Anforderungen an die Arbeiter und da ist nötig, daß der Arbeiter nicht nur mit dem Wortlaut, sondern auch mit dem Sinn und der Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften bekannt zu machen ist. Dazu hat die organisierte Arbeiterschaft schon längst zweckdienliche Anregungen gegeben, sie will, daß außer einer besseren Kontrolle der Betriebe durch Aufsichtsbeamte, die Betriebsleiter verpflichtet werden, auf ihre Kosten und während der üblichen Arbeitszeit, die Arbeiter planmäßig über die Gefahren der Arbeit und über die Maßnahmen zur Verhütung der Gefahren unter Vorführung der vorgeschriebenen Unfallverhütungsvorschriften unterrichten zu lassen. Diese Unterweisung ist in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Auch dürfen die Betriebsleiter keinen Arbeiter zu einer Arbeit heranziehen, bevor er nicht in dieser Weise unterrichtet worden ist. Und an eine besonders gefährliche Arbeit darf der Betriebsleiter einen Arbeiter erst dann stellen, wenn er sich davon überzeugt hat, daß der Arbeiter mit den Unfallverhütungsvorschriften genau Bescheid weiß. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Arbeiter mit den Unfallverhütungsvorschriften und mit den Verbesserungen derselben wirklich bekannt zu machen. Auf diese Weise werden aber auch die Arbeiter zur Mitarbeit an der Unfall-

## Ein trauriger Zug.

Vor dem geschlossenen Fabrikpforte sitzen zwei Gendarmen, zwei andre patrouillieren vor dem Gebäude. Die Bajonette blitzen, die Fiedelhauben spiegeln sich in der untergehenden Sonne. Die zwei vor dem Tore plaudern und rauchen Zigaretten, die patrouillierenden gehen im gemessenen Schritt schweigend nebeneinander.

Auf der andern Seite der Straße stehen einige Arbeiter. Von Zeit zu Zeit lassen sie prüfende Blicke über die lange, menschenleere Straße schweifen, dann unterhalten sie sich weiter, ohne die Wachorgane zu beachten.

Zwischen den zwei Gruppen scheint ein stilles Uebereinkommen zu herrschen. Jede scheint ihren Platz zu haben, keine kommt der andern ins Gehege.

Aus dem Gebäude kommt ein unbestimmbares Geräusch, der Schlot speit schwarze Rauchwolken in die klare, sonnendurchwärmte Abendluft.

Ein Pfeifen, Heulen und Dröhnen durchzittert die Luft — Feierabend in den Fabriken. Arbeitermassen, Männer, Frauen und Kinder, beleben die Straße, Neugierde treibt sie in die Nähe des Betriebes, dessen Arbeiter streifen.

Der Schlüssel kreischt, die Gendarmen erheben sich, das Tor wird geöffnet. Von den Wachorganen begleitet, betritt ein Trupp Streifbrecher die Straße.

In der ersten Reihe marschieren vier robuste Wassermannsgestalten; die unregelmäßigen Schädel wären wahre Fundgruben für Lombroso. Unter dem Schutze der Gendarmen frech verwehnd, mustern sie mit hämischen Grimassen die schweigend dastehende Menge, aus deren Blicken ein Meer von Verachtung leuchtet. Sie gehören jener Sorte von Menschen an, die nur vom Streibrecht lebt, die nur dort, trotz Warnung, Arbeit sucht und findet, wo sie von ehrlichen Arbeitern verweigert wurde. Schamgefühl, Menschenwürde, Solidaritätsgefühl sind Begriffe, die sie nie kennen gelernt, die ihnen fremd sind. Von ihren Erzeugern mit den schlechtesten Instinkten ausgestattet, sind sie zur Schleichheit, zum Verbrechen geboren. Man kann sie für ihr Tun und Treiben nicht verantwortlich machen. Sie müssen wie Ibioten behandelt

werden, die sich ihrer Handlungen nicht bewußt sind. Von Verbrechern abstammend, werden sie Verbrecher zeugen, bis eine vernünftige Gesellschaft durch individualisierende Erziehung brauchbare Menschen aus diesen Geschöpfen machen wird.

In der zweiten Reihe trüppeln vier junge Mädchen. Sie sind auffallend gut gekleidet und gut genährt. Die Blide auf das graue Pflaster geheftet, die Wangen vor Scham gerötet, suchen sie schnell vorwärts zu kommen, um den haferfüllten Blicken der Masse zu enttrinnen, die wie Feuer auf die Seele brennen. Es sind Töchter von Kleingewerbetreibenden, die, über die ökonomischen Verhältnisse der heutigen Wirtschaftsordnung unaufgeklärt, die Arbeiterklasse für den Niedergang ihres Gewerbes verantwortlich machen. Sie hassen die Arbeiter und doch müssen ihre Kinder neben diesen Gehäkten an den Maschinen stehen und für ihren größten Feind, den Kapitalismus, frönen. Im Existenzkampf die Selbständigkeit verloren, suchen sie ihre Autorität als Familienoberhaupt zur Geltung zu bringen, indem sie jede selbständige Regung der Kinder mit Gewalt unterdrücken. Die Kinder selbst, in einer falschen Ideologie erzogen, sehen diese Art der Arbeit nicht als Beruf, sondern nur als Uebergangsstadium an, der sie später durch eine reiche Heirat enttrinnen wollen. Da sie sich für etwas Besseres halten, machen sie mit der von der Hand in den Mund lebenden Arbeiterschaft nie gemeinsame Sache. Sie sind zu jedem Verrat bereit, wenn sie damit das Wohlgefallen ihrer Vorgesetzten erringen können, in deren Reihen sie Heiratskandidaten zu finden hoffen.

Die drei Gestalten der dritten und letzten Reihe sind Individualitäten nach ihrer Art. Rechts wankt ein vom Alkohol zerförter Körper, der sich nur mühsam auf den Beinen erhält. Blöde, tierisch glöht er vor sich hin. Das aufgedunsene, blaurote Gesicht hat nichts Menschenähnliches mehr an sich. Für eine Flasche Schnaps ist er zu allem zu haben. Er hat weder Willenskraft, Energie, noch Ehrgeiz — ein Opfer des Dämons Alkohol.

In der Mitte geht ein weißhaariger Alter, der mit dem zahnlosen Mund an einer schmierigen Peise saugt. Bei dem Anblicke der zu beiden Seiten der Straße stehenden Arbeitermassen schlottern ihm die Beine. Er zieht den schmalen Kopf tiefer in die Schultern, während die Augen ängstlich herum-

irren. Eine Kriegsmedaille baumelt auf der schmalen Brust. Er ist ein sogenannter „braver Arbeiter“, der seinem Herrn und Brotgeber dankbar ist, daß er für ihn arbeiten darf. Er kann die heutige Zeit nicht begreifen, er lebt von seinen Soldatenerinnerungen, die er mit Vorliebe erzählt. Für ihn sind die begleitenden Gendarmen keine Schergen, sondern Soldaten, die für die Ruhe und Ordnung im Staate zu sorgen haben. Ihm ist jede Gewalt recht, wenn sie von der staatlichen Autorität ausgeht; den Klassenkampf der Arbeiter kann und wird er nicht mehr begreifen. Er ist eine menschliche Ruine, die aus einer längstvergangenen Zeit in die heutige hineinragt.

Sinks geht ein kleiner, mit einem Hüder belasteter Mann. Er gehört als Junggeselle dem katholischen Gesellenverein an. Die irdischen Dinge sind ihm ein mit sieben Siegeln verschlossenes Geheimnis, über die er nicht nachzudenken wagt. Was ist, hat Gott so gemacht und recht gemacht. Er ist mit den Verhältnissen zufrieden, da Unzufriedenheit Sünde ist. Der Präses erklart den Streit als Todssünde, folglich muß er Streifbrecher werden. Was seine Arbeitskollegen denken und fühlen, ist ihm gleichgültig, er lebt in einer andern Welt. Er hat wohl auch von dieser nur ganz verschwommene Begriffe, aber ihm genügt diese Vorstellung. Mit stoischer Gleichgültigkeit betrachtet er die erregte Masse. Er fühlt sich nicht als Schädling seiner Klasse, da er nicht auf dem Klassenstandpunkt steht. Werden Steine nach ihm geworfen, so denkt er an den heiligen Stephan, dem es auch so gegangen; das tröstet ihn.

Der Zug zieht durch die Straße. Finster messen die Wachorgane die Masse, aus der einzelne Schmährufe laut werden.

„Pui, Streifbrecher!“ ertönt es im Chor.  
Der Ruf pflanzt sich fort, schwillt an, wird zum Sturmgebräus. Mut und Berachung spricht aus den erregten Mienen, Latkraft und Entschlossenheit sprühen die haferfüllten Augen. Sie sehen ihre Arbeiterehre durch diese Menschen beschmutzt, ihre Menschenwürde empört sich gegen diesen Auswurf der Menschheit.

Der Zug verschwindet, die Menge zerstreut sich, der Kampf dauert fort.

Verhütung, zu Vorschlägen für Verbesserungen der Unfallverhütungsmaßnahmen angeregt.

Vorläufig ist an die Bewirtlichung dieser Forderungen nicht zu denken, aber die Arbeiter können sich selbst helfen, indem sie Rückenstärkung suchen in der Berufsorganisation. Gerade die Zahlen, die alljährlich die Steinbruchsberufsgenossenschaft veröffentlicht, stoßen den einzelnen mit der Nase darauf, wo er seinen Halt zu suchen hat.

Seit 1885 bis 1908 sind von der Steinbruchsberufsgenossenschaft 39 857 Unfälle — entschädigt, darunter 5479 Todesfälle.

Viel größer ist natürlich die Zahl derer, die verletzt wurden, aber von der Berufsgenossenschaft aus irgendeinem Grunde „abblüht“.

Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1885 648 M. (pro Tag 2.12 M.). Im Jahre 1908 dagegen 1048 M. (pro Tag 3.49 M.). Der letztere ist nun nach dem Bericht der Genossenschaft zu hoch. Es wird befürchtet, daß die Steinindustriearbeiter zu üppig werden!

Berufsmisere ist die richtige Bezeichnung für die aus dem Bericht entnommenen Zahlen. Hier harret der Arbeiterorganisation in der Steinindustrie noch große Arbeit, um die Entlohnung so zu gestalten, daß die Bezeichnung Hungerlöhne verschwindet! Dazu bedarf es eines besseren Zusammenwirkens in allen Gauen Deutschlands, unter allen in der Steinindustrie beschäftigten Arbeitern! Aber es gilt nicht nur höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit, sondern Erhaltung des höchsten Guts — der Gesundheit.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Internationale Versteifung des Geldmarktes. — Aus der Kartellbewegung. — Starker Stellenwechsel auf dem Arbeitsmarkt.

Wer hätte geglaubt, daß das laufende Jahr noch eine internationale Geldversteifung bringen würde? Wohl konnte man bei der Besserung des Kursniveaus der mobilen Werte, bei den wieder zunehmenden Kapitalanprüchen von Industrie und Handel, bei den wachsenden Warenüberschüssen eine Abnahme des Geld- und Kapitalangebots während des diesjährigen Herbstes erwarten, aber daß schon in einem Jahre der Erholung die Zinsfrage wieder so scharf anziehen würden, das konnte nicht angenommen werden und muß als unnormal bezeichnet werden. Die Wirkungen dieser ungewöhnlichen Erscheinung haben wir erst vor kurzem an dieser Stelle angedeutet: — Sie bestehen vor allem darin, daß die Besserung auf dem Gebiete der Warenherstellung teilweise gehemmt wird, daß die Warenpreise stärker als bisher nach aufwärts zu treiben suchen und daß weiter eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erschwert wird. Die meisten großen Zentralbanken haben in letzter Zeit ihren Diskont erhöht. Die Deutsche Reichsbank machte am 20. September mit einer Erhöhung von 3/4 auf 4 Prozent den Anfang. Daß die Bewegung international war, wurde dann besonders durch die Diskontsteigerung der Bank von England von 2 1/2 auf 3 Prozent bemerkt, die am 7. Oktober eintrat. Das war aber nur das Vorspiel: am 11. Oktober erhöhte die Deutsche Reichsbank den Satz auf 5, die Bank von England am 14. auf 4; beide Banken setzten also ihren Diskont um ein volles Prozent hinauf. Der Stand der Diskontsätze bei den wichtigsten europäischen Zentralbanken zu Anfang des Monats September und Mitte Oktober ist folgender:

Offizieller Diskontsatz in Prozent

	Anf. Sept.	Mitte Okt.	Zu resp. Abnahme
Deutschland	3 1/2	5	+ 1 1/2
Schweiz	3	3 1/2	+ 1/2
Oesterreich-Ungarn	4	4	0
Belgien	3	3 1/2	+ 1/2
Frankreich	3	3	0
Italien	5	5	0
England	2 1/2	4	+ 1 1/2
Rußland	5	4 1/2	- 1/2

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß von der Geldversteifung Deutschland und England am stärksten getroffen sind, daß Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien bis jetzt nicht genötigt waren, zu erhöhen, weil sie entweder schon vorher vergleichsweise hohe Diskontsätze hatten oder infolge ihrer Bankverfassung die Geldvorräte der Zentralbank besser schützen können, und daß endlich Rußland in dieser kritischen Zeit seinen Diskont noch herabsenken konnte. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Verknappung am Geldmarkte in ähnlich intensiver Weise eingetreten wie in England und Deutschland. Seit Anfang September bis Anfang Oktober haben die Deutsche Reichsbank 131,0, die Bank von England 100,0, die Bank von Frankreich 55,2, die Oesterreichisch-ungarische Bank 34 und die Newyorker Clearing-Banken 105,0 Millionen Mark Metall, hauptsächlich Gold, verloren. Obgleich wir in Deutschland vor Perioden mit hohen Diskontsätzen gewarnt sind, ist doch nichts Durchgreifendes geschehen, um die in der freien Zirkulation vorhandenen großen Goldvorräte der Zentralnotenbank mehr als bisher zuzuführen. Die Entwicklung des Scheckverkehrs ist schon im Reime durch die Art und Weise, wie man ihn eingeführt hat, so geschädigt worden, daß er nicht so bald den bisherigen Verkehr zurückdrängen wird: der Postcheckverkehr ist umständlich und zu teuer, der Bankcheckverkehr ist neuerdings mit einer lästigen Steuer belegt worden.

Auf dem Gebiete der Warenherstellung spielen gegenwärtig Organisationsfragen eine wichtige Rolle. Die Auskultung des freien Wettbewerbs durch Konventionen und Kartelle wird überall dort, wo ein Gewerbe eine bestimmte Stufe der Entwicklung erreicht hat, als notwendigste Voraussetzung für den weiteren Aufschwung der verschiedenen Gewerbe erkannt. In der Montanindustrie hat die Erneuerung des Kartellsyndikats gezeigt, wie sehr trotz aller trennenden Momente das Bedürfnis des Zusammenflusses vorhanden ist. Die Kartelle stehen zumeinander zum Teil in einem Gegensatz, der eine Erneuerung des Kartells fast unmöglich machte. Aber schließlich ist es doch noch möglich, eine Form der Vereinigung zu finden, die den gegenseitigen Kampf bis aufs Messer verhindert: es wurde mit Ausschluß der unter amerikanischem Einfluß stehenden Werke eine Kampforganisation gebildet, deren Aufgabe es sein soll, die Preise auf dem Inlande zu regulieren und auf dem amerikanischen Markte die außenstehende Konkurrenz möglichst in die Enge zu treiben und damit zur Nachgiebigkeit und zum Anschluß an das Syndikat zu nötigen. Innerhalb des Eisengewerbes schweben wichtige Verhandlungen zur Bildung eines Stab-eisenverbandes für den rheinisch-westfälischen Produktionsbezirk. Die Situation für die neuen Walzwerke ist durch den Preisbruch, der von den gemischten Werken ausging, so schwierig geworden, daß sie zu einer Vereinbarung mit den gemischten Werken geneigt zu sein scheinen. Wie verlautet, ist die angestrebte Vereinbarung zunächst als sehr lose gedacht: es soll eine Kontrollstelle in Düsseldorf eingerichtet werden, von der aus die Marktlage in Stabeisen, der Verkauf und die Preise beobachtet werden. Ueber die Preisfrage werde man sich dann von Periode zu Periode je nach der Marktlage zu einigen suchen. Endlich sei noch auf die Gründung des Kartells deutscher Tapetenindustrieller hingewiesen, das einen langen Kampf zwischen zwei Gruppen in der Tapetenindustrie, von der die eine mehr von den Tapetenherstellern, die andre von den Händlern geführt wurde, definitiv beendet. Dem neuen Kartell

gehören alle deutschen Fabriken mit Ausnahme von 14 an, die auch früher schon außerhalb der bestehenden Konventionen standen und für den Gesamtmarkt vorläufig keine große Bedeutung haben.

Auf dem Arbeitsmarkt fand im September ein außerordentlich starker Stellenwechsel statt, wie er seit Jahren nicht beobachtet wurde. Diese Bewegung ergibt sich einmal aus der ziemlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, die aber eine entsprechende Zunahme der Beschäftigten nicht zur Folge hatte. Vielmehr entstand die starke Nachfrage infolge von Abgängen, die einen Ersatz notwendig machten. Nach den vorläufigen Ausweisen für September hat sich die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkte fortgesetzt. Es darf aber keinen Augenblick vergessen werden, daß schon die nächsten Wochen wieder eine zunehmende Steigerung des Angebots bringen werden. Vor allem setzt schon wieder der Zug von platten Lande und die Wanderung von Ost nach West ein. In Schlesten z. B. ist das Angebot infolge der Abwanderung recht niedrig, während es um so mehr steigt, je weiter wir nach Westen kommen: äußerst hoch ist es noch immer in Rheinland-Westfalen. Es liegt nun die Vermutung sehr nahe, daß der neue Zug von den Arbeitgebern stark bevorzugt wird, weil er zu Bedingungen eingestellt werden kann, die für den Arbeitgeber vorteilhaft erscheinen. Man sieht daher vor allem gesteigerte Nachfrage nach Frauenarbeit, nach Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, während nach erwachsenen männlichen Arbeitern der Begehrt weit weniger lebhaft ist. Diese Verdrängung der höher bezahlten Arbeit wird durch die Verteuerung von Kapital und Kredit noch wesentlich überall dort begünstigt, wo die Bedingungen des Produktions- und Arbeitsprozesses einen solchen Ersatz zulassen. Glücklicherweise hat aber diese Verdrängung ihre Grenzen.

Berlin, am 17. Oktober 1909. Richard Calwer.

### Bauarbeiterschut-Konferenz.

Am 17. Oktober tagte in Magdeburg die Bauarbeiterschut-Konferenz für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt. Anwesend waren 78 Delegierte aus 41 Orten, ferner der Sekretär der Bauarbeiter-Zentralschutzkommission, Genosse Heine (Hamburg), und einige Gäste.

Um 10 1/2 Uhr wurde die Konferenz vom Vorsitzenden der hiesigen Bauarbeiterschut-Kommission, Genossen Lange, mit begrüßenden Worten eröffnet. Zu Ehren des Andenkens des verstorbenen Genossen Efftinge, der sich um die Bestrebungen des Arbeiterschutzes verdient gemacht hat, erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Ueber die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes referierte dann Genosse Heine. Zu dem Referate wurden die zwei folgenden Resolutionen angenommen:

1. Resolution. Die Delegierten der Bauarbeiterschut-Konferenz für den Bezirk der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, versammelt in der Neuen Welt in Magdeburg am 17. Oktober 1909, halten die neu herausgegebenen Unfallverhütungsvorschriften in keiner Weise für genügend. Der sanitäre Arbeiterschutzes findet überhaupt keine Anerkennung, die Ueberwachung der Bauten durch technische Beamte ist wenig bemerkt.

Da die Zahl der Unfälle immer größer, die Nichtbefolgung der erlassenen Vorschriften immer krasser zutage tritt, müssen es die Versammelten annehmen, in der Berufsgenossenschaft den geeigneten Vertreter des Arbeiterschutzes zu erblicken.

Sie fordern vielmehr, daß das Staatsministerium den Bauarbeiterschutzes durch Verordnung wie folgt landesgesetzlich regelt: 1. Es sind Normalvorschriften zu erlassen, in denen der Schutz gegen Unfälle und sonstige sanitäre Vorschriften bei Baubetrieben enthalten sind. Zur Ausarbeitung dieser Vorschriften müssen Vertreter der Arbeiter gehört werden und ihre Vorschläge als Grundlage dienen.

2. Um die behördlichen Bestimmungen auf ihre Befolgung kontrollieren zu können, wird eine Zentral-Baugewerks-Aufsichtsinstantz für Preußen geschaffen. Diese Instanz muß aus höheren, technisch gebildeten Beamten bestehen und hat alljährlich Bericht zu erstatten.

3. Die behördliche Beaufsichtigung der Baubetriebe ist wie folgt zu gestalten: Es werden Baukontrolleure mit den Befugnissen, die eine wirksame Tätigkeit für den Bauarbeiterschutzes ermöglichen, angestellt. Die Baukontrolleure müssen von den Arbeitern gewählt und dem Arbeiterstande entnommen werden.

4. Des weiteren fordert die Konferenz, in den Lehrplan der Fortbildungsschule die Fächer Gewerbehygiene und Arbeiterschutzes einzuführen.

2. Resolution. In Erwägung, daß die vom Bundesrat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften für das Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tischler- und Weißbinder-gewerbe nicht geeignet sind, die Gefahren der Bleivergiftung zu vermeiden, da die vom Verband der Maler und Lackierer usw. im Jahre 1907 im allgemeinen und die für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Anhalt in diesem Jahre im besonderen stattdeswegen aufgenommene Aufnahme ergeben hat, daß die vorgenommenen Revisionen durch die Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden vollständig ungenügend sind und infolge der Vielseitigkeit der vielen kleinen Betriebe nicht ausreichend durchgeführt werden können, fordert die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Bauarbeiterschut-Konferenz ein reichsgesetzliches Verbot aller bleihaltigen Farben und verlangt, daß die gewerbliche Bleivergiftung den Betriebsunfällen gleichzustellen ist.

Ferner verlangt die Konferenz von den staatlichen und kommunalen Behörden, daß in ihren Betrieben bleihaltige Farben nicht verwendet werden und fordert, daß bei Vergebung der Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten den Privatunternehmern diese Forderung zur Bedingung gemacht wird, um die Versteigerung der verheerenden Bleierkrankungen fördern zu helfen.

Zum 2. Punkt: Wie fördern wir eine wirksame Agitation für den Bauarbeiterschutzes? referierte Genosse Julius Koch (Hermersleben). Dazu lag folgende Resolution vor:

„Die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Konferenz der das Gebiet der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft umfassenden hangewerblichen Arbeiterschutzes beschließt:

In der Erwägung, daß der landesgesetzlich festgelegte Bauarbeiterschutzes, trotz seiner geringfügigen Schutzbestimmungen gegenüber den Gefahren der Arbeit, aufs größtmögliche mißachtet wird;

in weiterer Erwägung, daß auch die Verflügung der maßgebenden Ortsbehörden vom Unternehmertum ebenso mißachtet werden, fordert die Konferenz die bestehenden baugewerblichen Arbeiterorganisationen auf, das Mittel der Selbsthilfe überall aufs nachdrücklichste zur Anwendung zu bringen.

Die Konferenz fordert daher, daß die Bauarbeiterschutzes analog den Beschlüssen des ersten und zweiten deutschen Bauarbeiterschutzes-Kongresses überall, wo es noch nicht geschehen, unverzüglich eine lokale Bauarbeiterschutzes-Kommission einsetzt.

Den Lokalkommissionen macht es die Konferenz zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß

1. die von der Zentralkommission angeordneten statistischen Aufnahmen in ihrem Bezirk korrekt durchgeführt werden;
2. die seitens der Ortspolizeibehörden erlassenen Bau-polizeiverordnungen befolgt und, falls dieselben Bestimmungen über Unterkunftsräume, Abort, Gerichte usw. nicht enthalten, Maßnahmen ergriffen werden, die eine Aenderung der bezüglichen Bestimmungen in die Wege leiten;
3. auf jedem größeren Bauplatz seitens der dort beschäf-

tigten Arbeiter Feststellungen über die Art und den Umfang der seitens der Aufsichtsbehörden vorgenommenen Baukontrollen gemacht werden. Das so gewonnene Material ist dann zusammenzustellen und in der Partei- und Gewerkschaftspresse gelegentlich einer Besprechung zu unterziehen;

4. die Organisationsleitungen ihre Mitglieder anhalten, der Kommission auf dem schnellsten Wege über etwaige Bauunfälle Bericht zu erstatten, um so derselben selbst die Möglichkeit zu bieten, sofort die Ursachen zu erforschen.“

Ferner wird ein Antrag angenommen, den Bericht über die Verhandlungen der Konferenz in Broschürenform herauszugeben, der Preis der Broschüre soll 10 Pfg. betragen.

Zum Schluß macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die angenommenen Anträge und Resolutionen zu sehr viel Arbeit verpflichten, die aber geleistet werden müsse.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterschutzesbestrebungen wurde die Konferenz gegen 7 Uhr abends geschlossen.

### Internationale Solidarität.

In neuerer Zeit wurde viel über die internationale Solidarität der Arbeiter gesprochen und geschrieben, und zwei Ereignisse, welche ein besseres Verständnis zwischen den Arbeitern von Europa und Amerika hervorgerufen haben, sind der Besuch des Präsidenten Samuel Compers von der A. F. of L. in Europa, und die Mission des schwedischen Delegaten John Sandgren, welcher aus Veranlassung des Generalstreiks in Schweden in Amerika weilte.

Die Vorteile, welche aus Compers' Reise entspringen, sind darin enthalten, daß er eine bessere Kenntnis von den Bestrebungen der europäischen Arbeiterschutzes erlangt hat, und dem Nutzen, welchen diese Erfahrungen, wenn sie unter seinen Landsleuten allgemein bekannt werden, zur Folge haben wird. Die Bestrebungen John Sandgrens, die moralische und finanzielle Unterstützung der Gewerkschaftsvereine von Amerika zugunsten der schwedischen Streikenden zu gewinnen, sind überall von Erfolg begleitet.

Die Union der Schriftsetzer, welche bei allen fortschrittlichen und die Besserung der Lage der Arbeiter der ganzen Welt anstrebenden Unternehmungen immer in erster Reihe steht, hat unsere schwedischen Brüder in ihrem Besuch um Beistand auf das freigebigste unterstützt.

Die Schriftsetzer-Union Nr. 6 von der Stadt Newyork ist eine der amerikanischen Vereinigungen, welche den Wert eines besseren Einvernehmens zwischen der organisierten Arbeiterschutzes der Welt vollaus zu würdigen weiß. Im vergangenen Januar erlaubten die Schriftsetzer die Arbeiter Europas um ihre Unterstützung in ihren Bestrebungen die Butterick Publishing Company, die Herausgeber von Mode-Zeitschriften und Kleidermustern, zu überzeugen, daß es von Vorteil für sie sein würde, ihren Arbeitern eine angemessene Behandlung zuteil werden zu lassen, und diese Beihilfe seitens der europäischen Arbeiterschutzes hat sich als sehr wertvoll erwiesen. Aber das angestrebte Endziel ist bis jetzt noch nicht erreicht worden. Die Butterick Publishing Company beharrt immer noch in ihrer der Union feindsinnigen Haltung und der Kampf muß unentwegt in jedem Lande fortgesetzt werden, wo die „Scab“-Muster verkauft werden.

Es scheint, als ob die Frauen der Arbeiter unserem Ersuchen nicht die nötige Beachtung schenken. Die Muster- und Mode-Zeitschriften haben ausschließlich Interesse für das weibliche Geschlecht, und alle unsere Freunde sollten es sich zur Pflicht machen, die Aufmerksamkeit aller ihrer weiblichen Verwandten und Freunde auf diesen Artikel zu lenken und sie zu bitten, die Nichtunion-Fabrikate nicht zu kaufen.

Wir machen Sie noch einmal ganz besonders darauf aufmerksam, daß Sie gute Papier-Muster und Mode-Zeitschriften auch aus andern Bezugsquellen wie die der Butterick Company erhalten können, und daß, wenn Sie der Arbeiterbewegung gegenüber ihre volle Pflicht erfüllen wollen, Sie darauf achten sollten, daß die Moden-Revue, Buttericks Moden, der Schriftsetzer, Buttericks Moden-Album und die Papierschmittmutter der Butterick Company keinen Eingang in Ihrem Heim finden, da sie von Streikbrechern hergestellt werden.

### Aufruf an die Schnapstrinker.

Mensch, laufe, daß du wie ein Stod Zu Boden fällst und schnarhend rufst! Doch wisse, daß dem blauen „Blod“ Du hiermit nur ein Gutes tuft!

Denn jedes Schnapslein, jeder Schnaps, Ein jedes Tröpfchen Fuselast Verhärt — bedende dies, du Flaps! — Des Branntweinjunlers stolze Kraft!

Ein jeder Tropfen, Stüd für Stüd, Der dir die Gurgel runterrinnt, Bedeutet, daß im Augenblick Er zehn Prozent an dir gewinnt!

Drum laß doch den Kartoffelsprit, Ob er dir auch vorzüglich scheint, Den Kimmel, Korn, den Aquavit, Der säuft ja nur für deinen Feind!

Und ach, was kann das Ende sein? Dein Hirn geht langsam futsch am Suf, Er aber streicht die Groschen ein Und brummt dir neue Steuern uff!

Doch wenn's nach meinem Rat geschieht, Stolz blüht du um dich und mit Grund: Der Junker ohne Schnapsprofit, Er stirbt dahin am Nidelschwund!

(„Klabberadatsch.“)

### Literarisches.

Arbeiter-Notiz-Kalender. Dieser beliebte Taschenkalender für das Jahr 1910 ist zur Ausgabe gelangt. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmenzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus der sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufszählung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen Sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Gesichtskalender. — Portotage. — Vielseitiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein Nebelporträt, sowie die Porträts der in den Nachwahlen gewählten Genossen Binder, Huber und Schöpplin. — Der Preis des Kalenders ist auf 50 Pfg. herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, einem oft geküßerten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolporture, Zeitungsbedeuteure und Parteibuchhandlungen.

Neu Land des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. 1. Jahrgang, 2. Heft ist erschienen. Herausgegeben von R. v. Waage und E. W. Eroxan. Verlag: Lehmann u. Co., Leipzig, Bayerische Straße 4. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture zum Preise von 1.25 Mark vierteljährlich, direkt vom Verlag 5.75 Mark jährlich. Einzelne Heft 25 Pfg.